

# Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung  
bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 1 /17. Jhg.

Mitteilungsblatt

Januar 2011

---

Zu diesem Heft:

Das Ableben von Prof. Dr. Ernst Engelberg (1909 - 2010) hat eine schmerzliche, nicht wieder zu schließende Lücke in die Reihen der dem Marxismus und dem Antifaschismus verpflichteten deutschen Historiker gerissen. Ernst Engelberg hat mit Sympathie und aktiver Unterstützung den Weg unseres Arbeitskreises begleitet. Unvergessen bleibt uns sein bewegender Vortrag "Gedanken zur Oktoberrevolution und zu Lenin" auf unserer Konferenz "Oktoberrevolution, Gegenstrategien und deutsche Linke" am 21. September 1997 in Berlin (zuletzt abgedruckt in: Ernst Engelberg, Die Deutschen - woher wir kommen. Hrsg. v. Achim Engelberg, Karl Dietz Verlag Berlin 2009, S. 235 - 246 - ISBN 978-3-320-02170-2). Wir werden in seinem Sinne weiter wirken.

Mit den Beiträgen von Fred Dumke, Hans Watzek und Wolfgang Mäder schließen wir den Abdruck von Materialien unserer Konferenz zur Bündnispolitik in der DDR (vgl. *Geschichtskorrespondenz*, Oktober 2010) ab. Eine gewisse Ergänzung dazu bietet die Betrachtung von Horst Schneider über die sogenannte "frei gewählte Volkskammer" 1990.

Ferner enthält dieses Heft den Plan der Veranstaltungen des Arbeitskreises im Jahre 2011 (vgl. S. 35). Einen Schwerpunkt unserer Tätigkeit wird die Auseinandersetzung mit der Rolle des deutschen Imperialismus, namentlich seiner Friedens- und Demokratiefeindlichkeit, bilden. Sie ist bereits Anliegen unserer ersten Konferenz im kommenden Jahr, am 12. März 2011 in Berlin (vgl. S. 36). Mehrere Veranstaltungen werden den Problemen der notwendigen Überwindung des Kapitalismus - der objektiven historischen Bedingungen im internationalen und nationalen Rahmen, der Wechselwirkung innerer und äußerer Faktoren, der komplizierten Herausbildung und Reifung des subjektiven Faktors - gewidmet sein. Andere werden die Programmdebatte der LINKEN begleiten.

Nicht zu übersehen ist, dass die offensichtlich zunehmende Krisenhaftigkeit und der damit einhergehende wachsende Legitimationszwang des Kapitalismus international und in der BRD eine neue Welle des Antikommunismus stimuliert. Er ist zugleich die demagogische Begleitmusik zum Demokratieabbau, zur Diffamierung jeder ernsthaften Opposition, zur Stabilisierung der "inneren Front" für den forcierten imperialistischen Expansionskurs. Dem tragen wir mit mehreren Veranstaltungen Rechnung. In diesem Sinne drucken wir auch die Stellungnahme des Ältestenrates der Partei DIE LINKE (S. 3) ab.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
Stellungnahme des Ältestenrates der Partei Die Linke	S. 3
Dr. Fred Dumke Die National-Demokratische Partei Deutschlands im Bündnis	S. 4
Dr. Hans Watzek Bemerkungen zur Nationalen Front der DDR	S. 15
Wolfgang Mäder Erfahrungen und Lehren der Bündnispolitik in der DDR	S. 18
Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider Auftrag und Bilanz der 10. Volkskammer der DDR. Wie die CDU-geführte Mehrheit der Abgeordneten die DDR-Bürger verriet	S. 25
Veranstaltungen des Arbeitskreises 2011	S. 35
Vorankündigung der Konferenz "Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?" am 12. März 2011 in Berlin	S. 36

---

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint April 2011.

## **Stellungnahme des Ältestenrates der Partei Die Linke**

Die derzeitige antilinke Hysterie der Herrschenden und ihrer Medien mahnt die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes zur höchsten Wachsamkeit. Die geschichtlichen Lehren, ihre eigenen Lebenserfahrungen gebieten es den Mitgliedern des Ältestenrates, sich unmissverständlich zu Wort zu melden. Denn wie schon oft seit Marx' Zeiten geht es um ein Gespenst, diesmal in der Art eines Artikels, und vor allem seines Titels, "Wege zum Kommunismus", der Vorsitzenden der Partei Die Linke, Gesine Löttsch.

Die Angriffe offenbaren die wahren Hintergründe und Ziele der hasserfüllten, dem Grundgesetz und der Meinungsfreiheit widersprechenden Kampagne. Es geht um ein gezieltes Ablenkungsmanöver angesichts des krisengeschüttelten kapitaldominierten Systems und der damit zunehmenden sozialen und politischen Spannungen, des schwindenden Einflusses der regierenden Parteien, des anwachsenden Protestpotentials in der Bevölkerung. All dem soll mit Demokratie- und Sozialabbau begegnet werden. Dazu muss ein innerer Feind, ein Schreckgespenst her. Der offene Antikommunismus verdeckt nur, dass es im Grunde um die Ausgrenzung (bis zu Verbotsforderungen) der Linken bis hin zur Aushebelung des Grundgesetzes geht. Der eigentliche Inhalt des Artikels mit den auf soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik gerichteten Alternativkonzepten, der Orientierung der Linken und der Verfasserin des Artikels auf einen demokratischen Sozialismus, auf die untrennbare Einheit von Sozialismus und Freiheit bleibt außen vor. Man bemüht sich noch nicht einmal, wahrheitsgetreu zu zitieren, missbraucht die Unwissenheit der Leser, die ja in ihrer Mehrheit keine Leser der *jungen Welt* sind, um die öffentliche Meinung skrupellos zu manipulieren. Angesichts der noch zu erwartenden Zuspitzung der Lage, der Furcht vor dem Anwachsen des Einflusses der Linken, des Zusammenwirkens verschiedener demokratischer Kräfte setzt man auf Unsicherheit, auf geschürte Ängste der Bürger und deren Gehorsamkeit.

Die Linken sind herausgefordert, daher vor allem offensiv aufklärend zu wirken, allen undemokratischen Angriffen zu wehren. Daher sind Vorbehalte einige ihrer Vertreter der Art "das kann ja Gesine so nicht gemeint haben" oder "ich hätte es so nicht formuliert" der Situation wenig dienlich. Sie laufen eher Gefahr, der so notwendigen Solidarität und Solidität der Linken und der Sache der Demokratie und der Meinungsfreiheit in Deutschland zu schaden.

Quelle: *junge Welt*, 10. Januar 2011.

Wortlaut des erwähnten Artikels von Gesine Löttsch in *junge Welt*, 3. Januar 2011, S. 10/11.

Wortlaut der Rede von Gesine Löttsch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 8. Januar 2011 in *junge Welt*, 10. Januar 2011, S. 4/5.

Dr. Fred Dumke

## Die National-Demokratische Partei Deutschlands im Bündnis

Meine Damen und Herren, liebe Genossen und Freunde, gestatten Sie mir bitte einige Vorbemerkungen.

Es geht hier um *persönliche* Gedanken von einem *nichtbürgerlichen Standpunkt* aus 70-jährigen politischen Erfahrungen in drei deutschen Staaten, aus Erfahrungen vor allem im Bündnis in der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich bin dabei aber nicht in den aus der Psychologie bekannten Zwängen der "eskalierenden Bindung" befangen, die besagt: "Sobald man einen Standpunkt eingenommen hat, fühlt man sich gezwungen, daran festzuhalten", auch wenn das Leben und die Lebenskunst Illusionen zerstört hat und die Geschichte und Gegenwart Vergangenes korrigiert und neue Erfahrungen und Erkenntnisse befördert haben.

Sehr hilfreich ist - gerade heute - Hegels berühmte Erkenntnis: "Das Bekannte überhaupt ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt ... noch ist das Resultat das wirkliche Ganze, sondern es zusammen mit seinem Werden ... Das Wahre ist das Ganze ... Die Wahrheit ist nicht eine ausgeprägte Münze, die fertig gegeben und so eingestrichen werden kann."<sup>1</sup>

*Das Thema ist "ein weites Feld"*. Ich beschränke mich auf die beiden historischen Schlüsselereignisse für unsere Partei

- den 8. Mai 1945 und ihre Gründung am 25. Mai 1948 im Zusammenhang mit der Gründung der DDR;
- ihr Untergang, ihre Zerstörung in den Jahren 1989/1990.

Es ist übrigens veränderenswert, dass im 1. Entwurf des Programms der Partei "Die Linke" dem Bündnis in der DDR als Lehre kein Platz gewährt wurde!

### Zur Gründung der NDPD

Die NDPD wurde aus Lesergruppen der *National-Zeitung*, die am 22. März 1948 zum ersten Male erschienen war, gebildet. Die offizielle Gründung erfolgte am 22. Mai 1948 im Hause Bäckerstraße 6 in Potsdam. Auf der Potsdamer Tagung am 2. September 1948 wurde Dr. Lothar Bolz zum Parteivorsitzenden gewählt. Mit hoher Wertschätzung der Mitglieder, führender Persönlichkeiten der DDR, der Sowjetunion und anderer Staaten (von 1953 bis 1965 war Dr. Bolz Außenminister der DDR) übte er seine Ämter aus, bis 1972. Am 29. 12. 1986 verstarb er. Dr. Bolz war Jurist. Er musste 1933 aus dem faschistischen Deutschland emigrieren. Er hatte Antifaschisten als Anwalt verteidigt. Er ging in die Sowjetunion, war dort Lehrer und arbeitete seit 1941, dem Überfall des faschistischen Deutschland, unter deutschen Kriegsgefangenen. Er war Mitarbeiter der Zeitung des NKFD.

Die antifaschistisch-demokratische Tradition und Erfahrung brachte Dr. Bolz, gemeinsam mit Heinrich Homann, der als Major der deutschen Wehrmacht in Stalingrad mit Hitler und dem Faschismus ein für allemal gebrochen hatte, und weiteren hohen Offizieren in die NDPD-Gründung ein. Heinrich Homann hatte am 4. März 1945 in der Zeitung *Freies Deutschland* geschrieben: "Mit allen Mitteln muß die Weiterführung dieses Hitlerkrieges unmöglich gemacht werden. Dieses Ziel kann nur erkämpft werden durch den Einsatz jedes Einzelnen, wo immer er auch steht."<sup>2</sup>

Prof. Dr. Heinrich Homann war von 1972 bis zum 2. 11. 1989 Vorsitzender der NDPD - erfolgreich, aber nicht so eng, wie Dr. Bolz, mitgliederverbunden. 1986 hatte er für sein Wirken im Dienste des Friedens, des Antifaschismus und Antimilitarismus seit

1943, seit 1952 des Sozialismus den Karl-Marx-Orden erhalten. (Ich komme darauf später noch einmal zurück. Ich war seit 1982 einer der Redenschreiber für Heinrich Homann.)

### Zur Programmatik 1948

National und demokratisch denkende, antifaschistisch und antiimperialistisch gesinnte Männer und Frauen hatten sich so entschlossen, die Partei zu gründen, und dies geschah um des Friedens und des gesellschaftlichen *Fortschritts* willen, und zwar auf dem Weg, der durch die Befreiungstat der Sowjetarmee, des Sowjetvolkes, der Sowjetvölker mit dem 8. Mai 1945, der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands eröffnet und mit der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung beschritten worden war, unter Führung der SED.

In unserer Partei war von Anfang an klar und es blieb unsere Überzeugung: der 8. Mai 1945 ist *eine welthistorische Wende*. "Stalingrad brach Hitler das Genick", Stalingrad und Kursk (1943) brachten die Wende im Zweiten Weltkrieg.<sup>3</sup> Josef Stalin hatte als Oberster Befehlshaber der Sowjetarmee herausragende persönliche Verdienste um den großen Sieg, die Churchill<sup>4</sup>, Marschall Shukow<sup>5</sup>, A. Gromyko<sup>6</sup> und selbst der zum Sozialismusgegner gewordene Eduard Schewardnadse<sup>7</sup> in seinem politischen Testament bestätigten. Umso ernster ist die Tatsache, dass er, wie Gromyko feststellte, als eine "tragisch-widersprüchliche Gestalt" "bei der Erlangung seiner Ziele vor keinen menschlichen Kosten zurückschreckte und eine monströse Willkür-Staatsmaschine schuf, die zahllose unschuldige Menschen in den Tod geschickt hat"<sup>8</sup>. In diesem Zusammenhang ist auch die Verhaftung und Erschießung Berijas durch Marschall Shukow zu sehen, 1953.<sup>8a</sup>

Obwohl viele Deutsche, darunter auch Mitglieder unserer Partei, den 8. Mai 1945 zunächst als Tag der Niederlage, der Trauer empfanden, setzte unsere Partei, wie es Dr. Bolz formulierte, dem entgegen: "Der 8. Mai 1945, das war *für uns* kein Tag der Niederlage, kein Tag der Schmach, kein Tag der Katastrophe ... Es war ein Tag der Schmach, aber nicht für uns, sondern für den Nationalsozialismus, der seinen Weg im Jahre 1933 mit Fackelzügen begann, einen Weg, an dessen Ende die Brandfackeln unserer Städte standen ... Es war ein Tag der Katastrophe für eine jahrhundertealte Politik des Gegeneinander in Deutschland ... es war der Tag des beginnenden Triumphes einer neuen Politik einer neuen Gemeinschaft."<sup>9</sup>

So war uns in der Gründungsstunde schon *der 8. Mai und das Potsdamer Abkommen* eine historische Chance, eine Möglichkeit zur historischen Alternative: eines *Neues Deutschland!* (Nebenbei: es nimmt sich eigentümlich aus, wenn die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" vom 29. 8. 2010 auf Seite 1 ein "Neues Deutschland", Neues in rot, für künftig möglich hält.)

Dieses zu *schaffende Neue* müsste die Politik der bislang herrschenden Klasse mit ihren Erfüllungsgehilfen, mit ihrer Katastrophenpolitik 1914 - 1918, 1933, 1939 - 1945 überwinden: Mitschuld am Ersten Weltkrieg, Mitverantwortung für die Etablierung der Macht des deutschen Faschismus, Hauptverantwortung für den blutigsten Krieg der Weltgeschichte, den Weltkrieg des faschistischen Deutschland, nicht nur des "Nationalsozialismus", mit über 60 Millionen Toten, dabei 28 Millionen Sowjetbürger, sechs Millionen Holocaustopfer!

Nach alledem war uns nationalen Demokraten Nationales und Demokratisches stets antifaschistisch und antiimperialistisch! Faschismus in Gestalt des "Nationalsozialismus" war Kapitalismus, genauer die Diktatur der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals und des Adels. Ein unverhältnismäßig großer Teil des Adels, insbesondere des

norddeutschen, des preußisch-protestantischen Adels war zu Hitler und der NSDAP übergelaufen.<sup>10</sup> Diese Zusammenhänge sind im heutigen dürftigen Geschichtsbewusstsein vieler Deutscher nicht mehr oder waren noch nie präsent.

### **Die Deutsche Demokratische Republik - die größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer Bündnispartner in Deutschland**

Unsere Partei begriff das Vermächtnis des 8. Mai 1945 als Erfüllung mit dem 7. Oktober 1949, dessen 60. Jahrestag vom *RotFuchs* mit einer würdigen Veranstaltung produktiv gedacht wurde. Die DDR entstand bekanntlich als Staat des Friedens und des Antifaschismus, als Staat der Arbeiter und Bauern, als Staat des hier lebenden Volkes - als Staat des gesellschaftlichen Fortschritts *nach* der Bildung der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben uns ihnen weggenommen.

Die Gründung der DDR war für uns die nun staatsgewordene Manifestation unseres antifaschistischen, demokratischen *Staatsbewusstseins*. Hierzu stellte Prof. Dr. Homann fest: "Unsere Partei hat mitgewirkt an der Zerschlagung des Antikommunismus, des Antisowjetismus, des Chauvinismus, kurzum der Ideologie des deutschen Imperialismus, seines Faschismus, seiner sozialen und nationalen Demagogie und gerade hier Besonderes zum Allgemeinen beigetragen. Wir haben imperialistisches Staatsbewußtsein zerstören helfen und ein neues Staatsdenken, ja ein neues Staatsbewußtsein bei den ersten Generationen unserer Mitglieder und uns Nahestehender herausgebildet und so neues Denken in unserem Lande überhaupt hervorbringen helfen. Damit verbindet sich eine Leistung von revolutionärem Charakter und historischem Rang.

Die deutsche bürgerliche Ideologie, die wohl am meisten ausgearbeitete bürgerliche Ideologie, von Weltwirkung auch heute noch, war zählebig in den Köpfen vieler Menschen der damaligen Zeit, ganz zu schweigen vom preußischen Untertanengeist und vom Militarismus in Jahrhunderten."<sup>11</sup>

Gerade im Mittelstand war die Staatsvergötterung im Sinne Hegels: "Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee"<sup>12</sup> groß, der Untertanengeist zu Hause. Heinrich Mann hat diese Situation in seinem Roman "Der Untertan" präzise dargestellt.

Wir haben unseren Mitgliedern in der Macht- und Staatsfrage im Zusammenhang mit der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln erklärt:

- Der Staat ist nicht göttlichen, sondern menschlichen Ursprungs; er wird seit Jahrtausenden in erster Linie von denen errichtet, die die ökonomischen Mittel haben, von den jeweiligen mächtigsten Eigentümern, den jeweiligen "Reichen", heute den Mega-Milliardären. Schon 1847 hatte Karl Marx geschrieben: "Die Eigentumsfrage ... war immer die Lebensfrage einer bestimmten Klasse ... im 17. und 18. Jahrhundert, wo es sich um die Abschaffung der feudalen Eigentumsverhältnisse handelte, war die Eigentumsfrage die Lebensfrage der bürgerlichen Klasse. Im 19. Jahrhundert ... ist die Eigentumsfrage eine Lebensfrage der Arbeiterklasse."<sup>13</sup> Heute scheint einigen Sozialisten die zentrale Frage des Eigentums und der Macht im Staate nicht mehr so wichtig zu sein. Und das sogar noch nach der größten entschädigungslosen Enteignung des Volkseigentums in der DDR durch Treuhand etc., wie Günter Grass<sup>14</sup> feststellte.

- Der Staat existiert in Raum und Zeit, er vertritt die Interessen derer, die ihn konstituierten, er folgt der Dialektik der Kämpfe von Klassen, Schichten, Gruppen, die politisch relevant sind. Wir vermittelten das vor allem am Beispiel der DDR und der BRD. Dabei war die Dialektik von Staat und Revolution bzw. Konterrevolution besonders wichtig.<sup>15</sup> So hatte ich am 19. Mai 1989 über das Thema referiert: "Wirkungen der Französischen Revolution und ihre Bedeutung im Geschichtsbild der DDR und im Geschichtsverständnis unserer Partei". Das Referat bzw. Teile desselben wurden in allen

Zeitungen unserer Partei gedruckt, vor allem aber erschien der volle Wortlaut als Broschüre in unserer Schriftenreihe.<sup>16</sup>

- Staat und Demokratie und Diktatur. Dabei war uns das historisch-konkrete Herangehen von besonderer Bedeutung, weil es immer sehr aktuell war und bis heute und künftig sein wird. Prof. Jochen Bleicken hat in seinem wissenschaftlich und politisch sehr bedeutsamen Buch "Die athenische Demokratie", 1994, sich ebenfalls gegen ein unhistorisches Herangehen an Demokratie mit den Worten gewandt: "Ist der Begriff 'Demokratie' für die Antike nämlich eindeutig, insofern sie sich auf die politischen Verhältnisse Athens bezieht, gilt das für die jüngere Zeit nicht. Demokratie ist ein Allerweltswort geworden, das jedem erlaubt, darunter zu verstehen, was ihm beliebt ... Es entmutigt zu sehen, daß die meisten ohne jede Reflexion auf das Problem ihre eigene Vorstellung von Demokratie unterstellen."<sup>17</sup>

Derlei erleben wir heute täglich, und zwar von Regierungsvertretern bis zu einigen Linken: "Die DDR musste scheitern, sie war undemokratisch, sie schränkte Freiheit ein, sie hatte eine unproduktive Mangelwirtschaft. Aber was in ihr gut war, wirkt wie Hefe weiter: Krippen, Kindergärten, Polikliniken ..."<sup>18</sup> Hierzu ist festzustellen, dass es sich um eine bürgerliche Auffassung der Demokratie handelt. Vom Standpunkt des späten Kapitalismus ist bürgerliche Demokratie das Nonplusultra, das Ende der Demokratie. Eine andere als "die Demokratie", gemeint ist stets die bürgerliche der herrschenden Klassen (oft als "politische Klasse" deklariert), wird nicht akzeptiert.

Wir haben in unserer Partei stets unterschieden zwischen bürgerlicher Demokratie und sozialistischer Demokratie - die historisch-politische Differenz ist (philosophisch gesehen) nicht quantitativer, sondern qualitativer Natur.<sup>19</sup> Es sind ganz andere Eigentums- und Machtverhältnisse, Volkseigentum und Staat ohne Aktiengesellschaften, Konzerne und Truste, ohne Großkapital und seine politischen Willensvollstrecker.

Die sozialistische Demokratie der DDR hat Millionen Menschen Freiheits- und Demokratieräume geöffnet, die sie zuvor nie hatten. Sie wurden zu selbstbewussten, tatkräftigen Menschen, die mehr und mehr ihr Schicksal meisterten. Ich weiß, wovon ich in diesem Zusammenhang spreche. Als Arbeitersohn konnte ich nach Faschismus und Weltkrieg die Vorstudienchule besuchen und sodann die Universitäten in Rostock, Jena und Berlin, die Humboldt-Universität, beziehen, um Rechtswissenschaft und später Philosophie zu studieren, in beiden Disziplinen mit Staatsexamen. Viele Staatsbürger der DDR haben gleiche oder ähnliche Entwicklungsgänge gehabt, die 1989/90 sehr undemokratisch zerstört wurden. Auch das habe ich "Aug um Auge, Zahn um Zahn"<sup>20</sup>, um die Bibel zu bemühen, vor Ort genau miterlebt. Viele von uns erfuhren 1989/90 die alte staatliche Praxis, die schon Platon in seinem großen Werk "Der Staat" konstatierte: "... denn jeder, der sich stark genug fühlt zum Unrecht tun, der tut es auch, wo die Gelegenheit sich dazu bietet."<sup>21</sup> Es bleibt bei der wissenschaftlichen Erkenntnis: Der Staat hat das Macht- und Gewaltmonopol, er ist zugleich auch die erste ideologische Macht, in ihm vereinigen sich - je nach der Vielfalt der Eigentums- und Machtverhältnisse - Demokratie und Diktatur. Das galt auch für die beiden deutschen Staaten. Einen Staat ohne diktatorische Elemente gab es nie und gibt es nicht, ob einem das gefällt oder nicht!

- Staat und Recht sind im ebengenannten Sinne auf spezifische Weise verbunden. Wir haben in unserer Partei und mit ihr Staat und Recht in der DDR gestärkt. Wir hatten relativ viele Juristen in unserer Partei und vor allem im Justizapparat, viele Publikationen befassten sich mit unserem Recht und mit Mängeln bei der Anwendung. Wir haben das Beste gewollt, Prof. Homann war im Staatsrat für Rechtsfragen zuständig und hat - auch kritisch - in Reden in Potsdam in der Akademie für Staat und Recht ge-

sprochen. Übrigens haben zahlreiche Parteifreunde dort ihre Ausbildung als Rechtswissenschaftler erhalten.

Zu unserer Rechtserkenntnis gehörte: Recht hat - wie der Staat - Klassencharakter. Die DDR war kein Justitium, kein Land ohne Gesetze, Gesetzlichkeit und ordentliche Gerichte mit traditioneller Besetzung, bemüht um Gerechtigkeit. Eine Zeitschrift "Staat und Recht" befasste sich mit Recht und Gerechtigkeit, mit Gerichtsbarkeit in Vergangenheit und Gegenwart - so auch mit der Problematik: Rechtsstaat<sup>22</sup> und Menschenrechte. Hierzu gab es auch spezielle wissenschaftliche Arbeiten, die in unserer Partei ausgewertet und deren wichtige Erkenntnisse angewandt wurden.

Wir wussten, dass das weite Feld der Rechtsstaatsproblematik nur erschlossen werden kann, wenn man sich der Klassennatur bewusst wird und sie in der harten Klassenseinsetzung begreift, die seit dem 19. Jahrhundert in dieser Frage geführt wird. Der Begriff taucht in Deutschland 1808 erstmalig bei Adam Müller auf. Er geht aber zurück bis in die Antike. Er ist zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Immanuel Kant ist der Klassiker der deutschen bürgerlichen Rechtsstaatstheorie. (Darüber habe ich eine Diplomarbeit gestrieben.)

Wir kommen theoretisch und praktisch auch auf diesem Gebiet nicht aus waldursprünglichen Zeiten, sondern waren zeitgenössisch im Bilde mit Wort und Tat. Während die Rechtsstaatsproblematik ihre wissenschaftlich gründliche Bearbeitung gefunden hat, auch die Geschichte des Stoffes, ist der Begriff "Unrechtsstaat" nichts als ein vulgärer politischer Kampfbegriff, der zur Verleumdung und Verunglimpfung historisch anderer Systeme, als es die bürgerlichen sind, angewandt wird. Für mich als Jurist ist einhellig, dass die DDR kein Unrechtsstaat war, auch dann nicht, wenn es leider Opfer praktizierter Ungerechtigkeiten der Justiz gab, Menschen, die meine Solidarität haben. Die DDR war UN-Mitglied und das Völkerrecht aktiv achtender Staat, an dessen rechtllichem Habitus dereinst niemand im Ausland Kritik geübt hat.

Ich stimme Prof. Erich Buchholz zu, dass es demgegenüber eine belegbare "Tatsache ist, dass sich für die Bürger aus dem Beitrittsgebiet" (aus der DDR) "mit dem 3. 10. 1990 die reine Rechtslage auf fast allen Gebieten ganz erheblich verschlechterte. Sie verloren massenhaft Rechte, die für sie in der DDR Selbstverständlichkeiten waren."<sup>23</sup>

Unsere Partei hat sich natürlich auch mit der Menschenrechtsfrage ständig befasst. Es gab im Studienjahr ein spezielles Material dazu - "Das aktuelle Argument": "Menschenrechte und ihre Verwirklichung in der DDR" (2. 12. 1988). Aber auch die *Menschenrechtsproblematik* ist trotz ihrer "Allgemein-Menschlichen" Substanz nie klassenneutral gewesen, auch heute nicht.

Einen eindeutigen Beweis dafür gibt Henry A. Kissinger in seinem außenpolitischen Standardwerk "Diplomacy", deutsch: "Die Vernunft der Nationen", Siedler Verlag 1994. Er schrieb: "Die Sowjetunion zu erlösen wurde so zum höchsten, ja zum einzigen Ziel der amerikanischen Politik ... Da man den Sturz der Sowjets als Hauptaufgabe amerikanischer Außenpolitik betrachtete ... Reagan und seine Berater betrachteten die Menschenrechtsproblematik als ein Werkzeug zum Sturz des Kommunismus ..." <sup>24</sup> Auch deutsche Politiker holen mit einer Emsigkeit, die besser einer humanistischen Mission gewidmet sein sollte, das Trojanische Pferd "Menschenrechte" aus den Stallungen der Politik und Diplomatie. Seit Helsinki 1975 wurde über Korb III die Menschenrechtsproblematik als ideologische und politisch-diversante Waffe von den USA und ihren Verbündeten eingesetzt - 1990 mit der Zerstörung der UdSSR im Komplott mit Gorbatschow mit weltgeschichtlichen negativen Folgen vor allem. Soweit dieser Aspekt der Menschenrechtsproblematik.

In unserer Partei haben wir natürlich vor allem das Positive der Menschenrechtsfragen von der Verfassung bis in den Alltag herausgearbeitet. Auch hierin gab es leider Defizite in der konsequenten Anwendung in der DDR.

- Die NDPD begriff ihre Mühen um ein zunächst antifaschistisch-demokratisches und sodann sozialistisches Staatsbewusstsein stets als *eine Einheit von Patriotismus und Internationalismus*, vor allem dabei als Mitgestalter des Freundschaftsbundes mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Staaten und Völkern. Wir wollten Frieden und Freundschaft mit allen Völkern. Das war unser zweiter Kernsatz der Politik; deren erster war die Anerkennung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Sie, die beiden politischen Grundsätze waren das programmatische, theoretische Herzstück unseres Denkens und Handelns.

Schon beim ersten Erscheinen der "National-Zeitung" am 22. 3. 1948 hieß es: "Unser Wille und unsere Arbeit gehen darauf hin, ein unabhängiges nationales Leben zu führen und im Frieden zu leben mit allen Völkern, die guten Willens sind."<sup>25</sup> Und auf dem Ersten Parteitag sagte Dr. Bolz zu dieser Frage am 2. Juni 1949: "Wir schätzen in den russischen Staatsmännern ihre klare Erkenntnis, daß der beste Garant für den Frieden in Europa und für ein gutnachbarliches Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion nicht Zerstückelung, Unfriede und Besatzung, sondern im Gegenteil die Einheit Deutschlands, der Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und der Abzug aller Besatzungstruppen ist. Daß die Sowjetunion als einzige der Siegermächte dafür eintritt, werden wir Deutsche, unabhängig von unserer Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, von unserer politischen, sozialen und philosophischen Auffassung, nie vergessen."<sup>26</sup>

Es war tragisch, dass die hohe Wertschätzung verantwortlicher Staatsmänner und Parteipolitiker seit 1985 mehr und mehr verblasste, wobei das sowjetische sozialistische "Grundmodell" seine Grenzen und ernste Defizite zunehmend offenbarte. Ich erinnere nur an die Formulierung "Der Sozialismus in den Farben der DDR".

- Die NDPD wurde 1948 von kleinbürgerlich-demokratischen Kräften des Volkes gegründet. Mit ihrer Gründung griff die Partei in die große Auseinandersetzung um das Nationale und Demokratische, um das Patriotische und das Internationalistische in der deutschen Geschichte ein. Sie nahm aktiv teil an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Von Anbeginn an war sie *radikal-demokratisch*, d. h. "die Sache an der Wurzel fassen".<sup>27</sup> Die Partei entstand als *etwas Neues in der deutschen Parteigeschichte*. Mit ihren beiden Kernsätzen überschritt sie von Anfang an Wesen und Ziele bürgerlicher Politik und Ideologie. Wir waren nie eine schlechthin bürgerliche Partei. Wir hielten den Führungsanspruch der Großbourgeoisie in Deutschland nach zwei Weltkriegen und dem Faschismus für verwirkt. Die Partei war stets antiimperialistisch, antifaschistisch, antimilitaristisch. So war es bis zum Sturz Prof. Dr. Heinrich Homanns.

Sie war eine staatstragende und Regierungsverantwortung wahrnehmende Partei. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war das Hauptfeld ihrer Tätigkeit. Große und erfolgreiche Arbeit leisteten unsere Wirtschaftspolitiker vor allem unter Handwerkern, Gewerbetreibenden, Händlern, Dienstleistern, Unternehmern, Komplementären etc. Die Zahl der in unserer Partei organisierten Handwerker und Gewerbetreibenden war groß, bedeutend die Zahl der Wissenschaftler und Kulturschaffenden, der Lehrer, der Landwirte und nicht wenige Militärs bis in die Generalität, z. B. Vincenz Müller, Arno v. Lenski, Dr. Korfes, Adam. Es waren Persönlichkeiten, die unter Einsatz ihres Lebens an den Fronten mit Hitler brachen und zu zuverlässigen Antifaschisten und Friedenskämpfern wurden.

So erwies sich für die rund 110 000 Mitglieder: Die beiden Kernsätze verbanden sie, kennzeichnen ihre ideologische und politisch-moralische Einheit bei allen Unterschieden ihrer sozialen Zugehörigkeit, ihres humanistisch geprägten weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisses sowie ihrer Generationszugehörigkeit. Unsere Partei war weltanschaulich multikulturell, von Atheisten und Protestanten bis zum Marxisten oder gar Marxisten-Leninisten.

## Der Untergang

Am 2. November 1989 wurde Prof. Dr. Heinrich Homann gestürzt, gezwungen zurückzutreten. Für die Partei begann danach die politische Dramatik des freien Falls. Es brachen Richtungskämpfe aus und die Kräfte, die keinen "besseren Sozialismus", sondern mit dem Ruf nach der Marktwirtschaft das System des Frühsozialismus in der DDR zerstören und das spätkapitalistische System der BRD importieren wollten, traten offen auf, verfuhrten nach dem juristischen Imperativ: der normativen Kraft des Faktischen. Tatsachen, Tatsachen und nochmals Tatsachen schaffen; denn schnell, schnell hatten Gorbatschow und Kohl angeordnet. So kam es. Die Charaktere einiger Wendler stellten noch das Chamäleon ins Aus. Peter Joachim Lapp sprach zu Recht von der "Selbstdemontage" der Nationaldemokraten, darunter sogar Mitglieder aus dem Parteivorstand. Die Tragikomödie mit den schrecklichen Folgen für die Existenz ehrlicher, fleißiger, zuverlässiger Menschen war fürchterlich. Man dachte an Shakespeares "Timon von Athen": "Der Teufel wusste nicht, was er tat, als er den Menschen politisch machte."<sup>28</sup> Thomas Mann pflichtete einem Briefpartner bei, "die Gesamtpolitisierung des Menschen zu vermeiden, denn daraus erwüchse Machiavellismus."<sup>29</sup> Auch das ist eine bedeutsame Lehre aus der DDR.

Es ist ein Kreuz mit den politischen Deutschen. Schon Ludwig Börne (1786 - 1837) schrieb in einem seiner berühmten "Pariser Briefe", dem 29.: "Was wir in den letzten Zeiten gesehen, das war die bekannte Drehkrankheit. Woher kommt dieser Lakaien-Charakter der Deutschen?" (25. Januar 1831)<sup>30</sup> Wilhelm Busch hat sich ähnlich über die wendigen Windler geäußert. Gore Vidal zitierte einen Verlagslektor zur gleichen Thematik in seinen Memoiren "Palimpsest": "Fünfundvierzig Jahre lang haben wir als Besatzungszone nichts getan, was den Amerikanern hätte missfallen können. Die Deutschen sind sehr diszipliniert, müssen Sie wissen; eine Zensur ist deshalb überflüssig. Jeder zensiert sich automatisch ..."<sup>31</sup>

An der Spitze "der Helden des Rückzugs" (Enzensberger)<sup>32</sup> steht Gorbatschow. Werner Mittenzwei schrieb in seinem Buch "Die Intellektuellen": "Der Mann, der enttäuschte. Kaum ein anderer Politiker ist so überschätzt worden wie er ... er gab der DDR den letzten Stoß."<sup>33</sup> Es war wohl der erste! 1987 hat Prof. Hümmler im Lehrkörper der Zentralen Parteischule in Waldsiedersdorf/Kreis Strausberg - für uns bestürzend - die Vermutung mitgeteilt, dass Gorbatschow uns verraten könnte. Die bürgerlichen Journalisten Rolf Georg Reuth und Andreas Bönte schrieben in ihrer informativen Arbeit 1993, "Gorbatschow verrät seine Gefolgsleute".<sup>34</sup> Alexander Solshenizyn rechnete mit Gorbatschows "Perestroika" entschieden ab, indem er schrieb: "Das Ende kam für uns - wie paradox das auch klingen mag - durch die heuchlerische und verantwortungslose 'Perestroika' Gorbatschows."<sup>35</sup> Den Gipfel des Verrats bestätigte Eduard Schewardnadse in seinem politischen Testament, dem Buch "Als der Eiserne Vorhang zerriss - Begegnungen und Erinnerungen", darin heißt es: "Zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetunion zielten die Veränderungen auf eine Revision der kommunistischen Ideologie. Damals fragten sich Viele: 'Was bedeuten Perestroika und Glasnost, das ist doch ein Nein zum Sozialismus?' Das war in der Tat so, aber das konnte man damals nicht laut aussprechen."<sup>36</sup>

Dem entspricht völlig das Treffen Kohl - Gorbatschow in Mineralnyje Wody vom 14. bis 16. 7. 1990 in der Sowjetunion. Pressekonferenz in Shelesnowodsk - Ergebnis: "- Das vereinigte Deutschland werde die bisherige Bundesrepublik, die DDR und Berlin umfassen. Das souveräne" (?) "vereinigte Deutschland könne NATO-Mitglied sein ... Mit jedem Wort des Kanzlers wächst die Verblüffung bei Deutschen und Russen ... George Tyler Marshal (USA) ... 'Was heißt chill auf deutsch?' Kühn: Mir geht es genauso ... Der geschichtsbewusste Amerikaner bringt seinen Eindruck von dem Verhandlungsergebnis auf den Punkt: 'Das ist die Rücknahme von Teheran, Jalta und Potsdam ... Das ist eine Kapitulation, habe ein französischer Zeitungsmann bedrückt zu ihm gesagt' ... wird erst an diesem Abend endgültig jene rote Fahne eingeholt, die am 2. Mai 1945 auf dem Berliner Reichstagsgebäude von einem Soldaten der siegreichen Roten Armee aufgepflanzt worden war."<sup>37</sup>

Es nimmt daher nicht wunder, wenn Hans Modrow von Gorbatschow in Moskau im Februar 1990 erfuhr, dass die Sowjetunion Gorbatschows "die DDR aufgab". Egon Krenz hat das sehr präzise so genannt: "Gorbatschow hat die DDR an den Westen verkauft" (in einer Rede in der Griebelseehalle in Petershagen bei Berlin). Bei Prof. Baring heißt das, was Krenz "verraten und verkauft" genannt hat, so: "... im Vorfeld hatte Bonn Gorbatschows Entschlusskraft durch einen Fünf-Milliarden-Kredit gestärkt und weitere Zahlungen in Aussicht gestellt. Alles in allem ließ sich Bonn die Aufgabe der DDR durch Moskau etwa 35 Milliarden D-Mark kosten, aus deutscher Sicht ein mehr als vorteilhaftes Geschäft. Kohl tat diese Summe nicht weh, Gorbatschow nützte sie wenig. Anderthalb Jahre später musste er zurücktreten, am 31. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion in ihre Bestandteile auf. Die Demokratien, so bilanzierte Henry Kissinger, hatten den Kalten Krieg schließlich gewonnen. Kohls Kaukasus-Mission überzeugte auch die beharrlichsten Skeptiker."<sup>38</sup>

So ist völlig verständlich, was *Alexander Lebed* in seinem Werk *"Russlands Weg"* über Gorbatschow sagt: "Flutwellen von Mist brachen über das Land herein ... Unser Steuermann und Architekt Gorbatschow wurde nacheinander zum besten Deutschen ..., besten Amerikaner ... Überall war er der Beste, außer im eigenen Land ... Er hat das sozialistische System gesprengt, die Sowjetunion erledigt, den Warschauer Pakt liquidiert ... Was hat der ... Russe Gorbatschow für sein eigenes Land Gutes getan? Was hat er ihm Positives, Nützliches hinterlassen? Nichts, absolut nichts. Er hat dem Land unermeßliches Unglück, Leiden, Elend, Tod, Hunger, Ruin, Konflikte, Kämpfe gebracht ..."<sup>39</sup> Was Napoleon und Hitler nicht vermochten, haben Gorbatschow und seine Anhänger weitgehend erreicht, Staat und Gesellschaft und ihre Errungenschaften zu zerstören - nach über 70 Jahren nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg und der Erringung des militär-strategischen Gleichgewichts als Weltmacht mit den USA und der NATO. Der Sozialismus wäre nicht mehr aus der Welt zu schießen. Der Frieden der Welt, so brüchig er auch war, hatte seine stärkste Bastion verloren.

Es ist mehr als sonderbar, wenn nach alledem ein demokratischer Sozialist aus der Vorstandsetage ganz selbstbewusst über Gorbatschow erklärt: "Er war ein genialer Zerstörer, und am Ende des 20. Jahrhunderts bestand Genialität darin, festgefahrene Strukturen zu zerstören. Diese Genialität kann ihm niemand absprechen ..."<sup>40</sup> Nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärte er im Januar 1990, die "Perestroika" sei in der DDR gescheitert. Die DDR hatte keine Überlebenschance mehr, alle Lebensstränge zur UdSSR wurden gekappt.

Seit den 80er Jahren hatten die russischen Perestroikianer in den Parteien der DDR Anhänger gewonnen und sie organisiert, allerdings mit sehr unterschiedlichem Erfolg. In unserer Partei waren die Ergebnisse eher mager. Die später ausgebrochenen Rich-

tungskämpfe hatten vielfältige Ursachen, westlich, östlich, mitteldeutsch, individuelles Machtstreben etc.

Hier sei noch kurz auf Heinrich Homann zurückgekommen: Ich hielt und halte es auch für völlig falsch, dass dieser seit 1943 treu zum Frieden und Fortschritt stehenden Persönlichkeit von hohem Ansehen auf Vorschlag von Hans Modrow, von Herrn Gerlach praktiziert, der Karl-Marx-Orden aberkannt wurde<sup>41</sup> und Rausschmiss aus seinen hohen Staatsämtern. Von Vertretern des Parteivorstandes der NDPD wurde auch sein Ausschluss aus der Partei betrieben - schändlich! Am 4. 5. 1994 verstarb Heinrich Homann in Bitternis.

Seit 1950 galt in unserer Partei der *Grundsatz*: "*Wer der DDR die Treue hält, hält ganz Deutschland die Treue.*" Die NDPD war mit der DDR so eng verbunden - über die beiden Kernsätze als Hauptsatz des sozialistischen Staatsbewusstseins -, dass der Sturz der DDR direkt die Zerstörung der NDPD zur Folge haben musste. Diesen Kausalzusammenhang hat P. J. Lapp treffend analysiert.<sup>42</sup>

Er irrt aber, wenn er meint, die NDPD war schon bei der Gründung ein künstliches Gebilde, sie hätte nur Existenzrecht, solange es galt, nominelle PG's und ehemalige Militärs gleichberechtigt zu integrieren. Das war in der Tat ein Verdienst der NDPD. Das aber war nur ein Teil ihres Wirkens, denn sie nahm gesellschaftliche Mitverantwortung in der DDR und ihrer Außenpolitik wahr. Sie war, wie man heute zu sagen pflegt, eine systemische Partei - Staat und Gesellschaft mittragend. Wir trugen viel zur Aufarbeitung des revolutionären und humanistischen Erbes des deutschen Volkes bei, vor allem zu 1525, 1789 - 1799, 1800 - 1815, 1848, 1918/19, 1945 - 1990, also national- und weltgeschichtliches, wissenschaftlich-kulturelles.

1989/90 unter beginnenden restaurativen, spätkapitalistischen Machtverhältnissen wurde zur politischen Leitlinie: "*Es wird zurückgenommen!*"

Die berühmte "Zurücknahme" in Thomas Manns Roman "Doktor Faustus" war massive Kritik an der Verfälschung und Aufgabe humanistischer Werke durch die späte Bourgeoisie, insbesondere im Faschismus.<sup>43</sup> Nun aber wurden humanistische Bücher, insbesondere sozialistischen Inhalts, auf die Müllkippe gebracht. Es ging und geht darum, alles, was an die DDR erinnert, "zu entsorgen", im buchstäblichen Sinne. Nicht von ungefähr beklagte Thomas de Maizière jüngst, man hätte mehr als nur das Ampelmännchen und den grünen Pfeil von der DDR übernehmen sollen.<sup>44</sup>

Episodisch sei angemerkt: In der Friedrichstraße, gegenüber dem Haus der NDPD, war seit längerem das Fundament zu einem Großbau geschaffen. In den Wirren 1989/90 forderten Bauleute: "Stasi vom Bau!" Der Bauplatz leerte sich mehr und mehr von Tag zu Tag, bis schließlich die Bauleute verschwanden. Damit nicht genug. Es kam eine holländische Abbruchfirma, die die schweren, großen Fundamente rausrissen und abtransportierten. So kam schließlich der Bau vom Bau.

### **Zum Ende. Wohin kamen wir?**

Es war und ist der *neue alte Kapitalismus* mit seinen bekannten Eigentums- und Machtverhältnissen. Mit einer Freiheit, von der Roman Herzog in seinem lesenswerten Buch "Strukturängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz" schrieb: "Je geringer sein [des Bürgers - F. D.] Nettoeinkommen ist, desto geringer ist im Normalfall nämlich auch der Freiheitsspielraum, innerhalb dessen er sein Leben frei führen und gestalten kann ... Wir sprechen bei dieser Frage ... ganz konkret über die Freiheit der meisten Bürger."<sup>45</sup> Jetzt in der Krise, der größten in der kapitalistischen Welt seit über 80 Jahren. Der globalisierte Kapitalismus ist im Grunde in einer tiefen *Systemkrise*. So habe ich auch den US-amerikanischen Nobelpreisträger für Wirtschaft (2001)

Joseph Stiglitz verstanden in seinem großartigen Spitzenbuch der Wissenschaft "Im freien Fall". Mit dem freien Fall war die USA-Finanz- und Wirtschaftswelt mit ihrer rui-nösen Geldpolitik gemeint. (Von September 2008 bis Oktober 2009) "Aber die Krise war das Resultat von Handlungen, Entscheidungen und Argumenten von Finanzmarkt-akteuren. Das System, das so jämmerlich versagte, fiel nicht vom Himmel. Es wurde erschaffen ..."<sup>46</sup>

240 Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz in dieser Krise. "Im Herbst 2008 standen die Weltwirtschaft oder zumindest ihre hochentwickelten Finanzmärkte am Rande des totalen Zusammenbruchs. Sie befanden sich im freien Fall." Die globalen Bankverluste betragen 3,6 Billionen Dollar. Im Februar 2009 belief sich das Rettungsschirmpaket der USA auf 787 Milliarden Dollar. In Deutschland werden wir bis 2013 bei 1,7 Billionen Euro angekommen sein. Wir wissen: Diese Summe Schulden kann die heutige Generation nicht mehr zurückzahlen.<sup>47</sup> Wir leben offenbar in den "letzten Jahren des Euro" (Bruno Bandulet).

In dieser Situation rufen führende Ökonomen weltweit, so auch Stiglitz, zu einem Aufbruch in eine neue Gesellschaft, zu einer neuen Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft, zu einer neuen Marktwirtschaft, da die vom Neoliberalismus gesteuerte De-regulierung zum völligen Versagen der wichtigsten Märkte geführt hat.<sup>48</sup> Stiglitz! So leben wir in einem kolossal verschuldeten System der systemischen Bankenrettung mit Insolvenzschutz und der wachsenden Armut, mit der Angst: es könnte alles noch schlimmer werden. Der Statusfatalismus geht um; kaum jemand glaubt noch im Volke an eine Erhöhung des Lebensstandards und daran, dass es unseren Kindern und En-keln besser gehen wird. Zudem wird allen vorgehalten: sie hätten ohnehin lange schon "über ihre Verhältnisse gelebt". Finis.

So ist mehr als naheliegend: bei allen Fehlern, Mängeln und Schwächen und Verge-hen der DDR - die sozialistische Idee ist für nicht wenige die geistige Heimstatt geblie-ben, Marx ist aktueller den je! Wer der DDR die Treue hält mit aller Kritik, hält dem So-zialismus die Treue, der *gescheitert wurde*. *Das System des Sozialismus ist gut*, es muss auch so konsequent angewandt werden!

Für uns nationale Demokraten - und dies heute für die, die ihren Grundüberzeugun-gen treugeblieben sind - war die DDR die staatliche Manifestation: Wir hatten uns ihnen, den Großkapitalisten und Adligen, weggenommen (H. Kant) und unsere *eigene* Staats- und Gesellschaftsordnung mitgeschaffen. Das Eigene prägte uns und wir prägten es mit. Das ändert nichts daran, dass manche Parteifreunde sich schwer taten mit dieser historischen Tatsache.

Wir haben an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, und im Block und in der Nationalen Front mitgeholfen, dass hier 40 Jahre lang der deutsche Imperia-lismus nichts mehr zu sagen hatte. Hier wurde bewiesen, dass es auch ohne Kapita-lismus sich leben und arbeiten lässt. Die Lebenssicherheiten waren ein großes Plus für die Meisterung der Lebenskunst, der schwersten Kunst. Auch auf deutschem Boden wurde die Historizität des Kapitalismus mehr als deutlich. Der Sozialismus ist nicht ge-scheitert, sondern gestürzt worden durch Kräfte der Konterrevolution, durch Verrat und Verkauf. Wir wurden erbittert bekämpft und haben standgehalten - bis zum Dolchstoß. Eine neue Gesellschaft kann ohne die Erfahrungen - positive wie negative - nicht er-folgreich gestaltet werden. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. So kann es auf die Dauer nicht weitergehen, wie Joseph Stiglitz unterstreicht.

Das Experiment von gesellschaftlichen Umwälzungen aller bisherigen Verhältnisse wird der Menschheit nicht erspart bleiben, wenn sie in Frieden und Humanität weiterle-ben will - und das besser als bisher. Beispiele in China, Kuba, Lateinamerika überhaupt gibt es - so schwer das alles ist.

In meiner persönlichen Lebensbilanz von mehr als 70 Jahren politischen Denkens und Handelns in drei deutschen Staaten dominiert die Grundüberzeugung: Es war richtig und gut, 45 Jahre aktiv mit der NDPD (seit 1948) im Dienste des Friedens und des Humanismus, des Fortschritts und des Sozialismus gestanden zu haben, für die Deutsche Demokratische Republik, das neue Deutschland, gelebt und gekämpft zu haben. Ich halte es mit Peter Hacks: "Wessen willst du dich rühmen,/Wenn nicht der DDR".<sup>49</sup>

"Man sollte es für etwas wahrhaft Großes ansehen,  
Wenn einer stets als ein und derselbe auftritt."  
Michel de Montaigne ("Essais", S. 168)

### Anmerkungen

- 1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes, Akademie-Verlag, Berlin 1964, S. 28, 22, 33.
- 2 Heinrich Homann, Freies Deutschland, 4. März 1945, in: Die letzten 100 Tage des 2. Weltkrieges, Tag 67.
- 3 Erich Buchholz, Welthistorische Wende, junge Welt, 2. August 2010.
- 4 Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Sonderausg. Bertelsmann, S. 691/692, 696/697, 752.
- 5 Georgi Shukow - Bauernsohn, Feldherr, Kommunist, in: Neues Deutschland, 12. Dezember 1985, S. 3. Siehe auch: G. K. Shukow, Erinnerungen und Gedanken, Deutscher Militärverlag, z. B. S. 116 f., 340 - 342.
- 6 Andrej Gromyko, Erinnerungen, Econ Verlag, 1989, insbesondere S. 142 - 154.
- 7 Eduard Schewardnadse, Als der Eiserner Vorhang zerriß, Metzler Verlag 2007, S. 132.
- 8 A. Gromyko, a.a.O.
- 8a Alexander Lebed, Rußlands Weg, Spiegel Buchverlag, 1997, S. 569, 268. Berija war einer der aktivsten Organisatoren der Massenrepressalien (Lebed).
- 9 Dr. Lothar Bolz, Es geht um Deutschland, Verlag der Nation, 1951, S. 241/242.
- 10 Stephan Malinowski, Wir waren alle im Widerstand, in: FAS, 18. 7. 2010, S. 17.
- 11 Heinrich Homann, Die NDPD - Mitgestalter der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, Verlag der Nation, Berlin 1986, S. 190.
- 12 G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts - oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Akademie-Verlag, Berlin 1981, § 257, S. 277. Vgl. auch: Man muß dabei den Staat wie ein Irdisch-Göttliches verehren, § 272, S. 313. Kritik an der deutschen Staatsvergötterung kam schon aus der deutschen Klassik, z. B. bei G. Ch. F. Hölderlin: "Die rauhe Hülse um den Kern des Lebens und nichts weiter ist der Staat. Er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen." In: Hyperion, Insel-Verlag, S. 515.
- 13 Karl Marx, in: MEW, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 342. Vgl. auch K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: AW in 2 Bänden, Bd. 1, S. 42.
- 14 Günter Grass, Interview in der Berliner Zeitung, 1./2. August 2009: "... es hat im Osten eine Enteignung stattgefunden, wie es sie in der deutschen Geschichte noch nie gegeben hat, und das vererbt sich und wird nie aufhören." Vgl. auch: Dr. Ernst Heinz, Unsere Aufgaben sind noch nicht gelöst: "Die Annexion der DDR und die Enteignung des Volkes durch die Banken und Konzerne waren besiegelt ...", in: DDR - unauslöschbar, GNN Verlag, Sachsen/Berlin 2008, S. 39.
- 15 Karl Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre, Akademie Verlag, Berlin 1959, S. 71, 198, 248. Karl Polak hatte große wissenschaftliche Verdienste in der Analyse von Staaten, Demokratie-Typen, Rechts- und Menschenrechtsfragen, bei der Ausarbeitung der neuen Qualität von Staat und Recht, Demokratie und Revolution. Viel hat er geleistet bei der Überwindung bürgerlicher Geschichts-, Staats- und Rechtsauffassungen nicht nur in der Staats- und Rechtswissenschaft.
- 16 Fred Dumke, Referat über die Große Französische Revolution (1789 - 1799), Broschüre und National-Zeitung, 8./9. Juli 1989, Wochenendbeilage, S. 1/2; Zeitschrift Der nationale Demokrat, Juni 1989, vom 19. 5. 1989, S. 17 - 19; Neues Deutschland, 20./21. 5. 1989, S. 2.
- 17 Jochen Bleicken, Die athenische Demokratie, F. Schöningh, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, S. 424.
- 18 Zit. nach Die Zeit, 29. 5. 2008: "Die Pferde und das Karussell", "Gregor Gysis Vergangenheit wird mal wieder vor die Gegenwart gedrängt." (S. 2).
- 19 W. I. Lenin, Staat und Revolution, Werke, Bd. 25, S. 475: "Doch von dieser kapitalistischen Demokratie ... führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradewegs und glatt 'zu immer größerer Demokratie' ... Nein. Die weitere Entwicklung ... geht über die Diktatur des Proletariats ..."
- 20 Die Bibel, Exodus: 21/24: "Aug um Auge, Zahn um Zahn, Hand um Hand, Fuß um Fuß".
- 21 Platon, Der Staat, Reclam, Leipzig 1978, S. 96.

- 22 Dr. jur. habil. Roland Meister, Das Rechtsstaatsproblem in der westdeutschen Gegenwart, Staatsverlag der DDR, Berlin 1966; Illusion und Wirklichkeit des Rechtsstaates, Berlin 1968, Staatsverlag. Darin ein Beitrag von Fred Dumke: Zum Begriff des sozialistischen deutschen Rechtsstaates, S. 175 f.
- 23 Erich Buchholz, Unrechts-Staat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet, edition ost, Berlin 2006. S. 7.
- 24 Henry A. Kissinger, Die Vernunft der Nationen, Verlag Siedler, Berlin 1994, S. 488, 782, 857.
- 25 Zit. nach Dr. Bolz, Es geht um Deutschland, S. 5.
- 26 Dr. Bolz, Es geht um Deutschland, Rede auf dem Ersten Parteitag, S. 147.
- 27 K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.
- 28 William Shakespeare, Sämtliche Werke, Bd. 4, Tragödien, Aufbau Verlag, Berlin 1966, S. 950.
- 29 Thomas Mann, Briefe von 1948 bis 1955, Brief vom 9. 2. 1948, Aufbau Verlag, S. 20.
- 30 Ludwig Börne, Briefe aus Paris, Fourier, Wiesbaden 1986, S. 145.
- 31 Gore Vidal, Palimpsest, Hoffmann und Campe, 1996, S. 233.
- 32 Hans Magnus Enzensberger, Zickzack, Suhrkamp, 1999, S. 55 f.
- 33 Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen, Aufbau Taschenbuch Verlag, 2003, S. 388/389.
- 34 R. G. Reuth u. Andreas Bönnte, Das Komplott. Wie es wirklich zur Einheit kam, Serie Piper, 1995, S. 159 - 209.
- 35 Alexander Solshenizyn, Die russische Frage am Ende des 20. Jahrhunderts, Serie Piper, München/Zürich 1994, S. 120/121.
- 36 E. Schewardnadse, a.a.O., S. 57.
- 37 Hans Klein, Es begann im Kaukasus, Ullstein 1991, S. 275/276.
- 38 Arnulf Baring/Gregor Schöllgen, Kanzler, Krisen, Koalitionen, Siedler, 2006, S. 252.
- 39 A. Lebed, a.a.O., S. 444, 568.
- 40 Gregor Gysi, Ein genialer Zerstörer. Michail Gorbatschow ist zweifellos eine der großen politischen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, in: Berliner Zeitung, 3. 6. 2005.
- 41 Manfred Gerlach, Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Morgen Buch Verlag, 1991, S. 371.
- 42 Peter Joachim Lapp, Ausverkauf. Das Ende der Blockparteien, edition ost, Berlin 1998, S. 60.
- 43 Thomas Mann, Doktor Faustus, Aufbau Verlag, Berlin-Weimar 1965, S. 647.
- 44 Thomas de Maizière/Holger Schmale, Westsekt in Ostgläsern, Berliner Zeitung, 1. 9. 2010, S. 4.
- 45 Roman Herzog, Struktur­mängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz, DVA Stuttgart/München 2000, S. 116.
- 46 Joseph Stiglitz, Im freien Fall, S. 21, 241, 243, 246, 251, 240, 196.
- 47 Ulrich Nussbaum, Ich lasse mich nicht kaufen, Berliner Zeitung, 10./11. 7. 2010, S. 5.
- 48 Joseph Stiglitz, a.a.O.
- 49 Peter Hacks, an seinen Freund André Müller. Hacks: "Von zwei Millionen blieben / kaum eine Handvoll grad. / Es hat sie aufgerieben / Gorbatschows Verrat." André Müller über Peter Hacks: "Wir verließen uns eigentlich vollkommen aufeinander. Das, was in der Literarischen Welt zum Alltag gehört: der Verrat - das war eine Kategorie, die wir beide nicht kannten." In: junge Welt, 29./30. August 2009; Hacks, Am Ende verstehen sie es, Eulenspiegel Verlag.

Dr. Hans Watzek

### **Bemerkungen zur Nationalen Front der DDR**

Wenn über die Bündnispolitik in der DDR diskutiert wird, kann und darf die Nationale Front nicht vergessen werden. Deshalb einige Gedanken zu dieser Bewegung, ihrer Entwicklung und ihren Problemen. Deshalb, da ich selbst Akteur war und mich in der Nationalen Front engagiert habe. Ich war fast zwei Jahrzehnte Vorsitzender des Bezirksausschusses der Nationalen Front im Bezirk Neubrandenburg (eine ehrenamtliche Funktion) und auch mehrere Jahre Vorsitzender einer Hausgemeinschaft.

Der Vorläufer der Nationalen Front der DDR war die Volkskongressbewegung in der sowjetischen Besatzungszone, die auf Initiative der SED entwickelt wurde. Verschiedene politische Kräfte in allen Besatzungszonen Deutschlands erhofften von der Londoner Konferenz des Rates der Außenminister der Antihitlerkoalition Ende 1947, dass

eine Verständigung über die Vorbereitung eines Friedensvertrages sowie Schritte zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands gegangen werden.

Daraus abgeleitet, ergriff die SED die Initiative zur Volkskongressbewegung. Aus Kenntnis historischer Quellen und Ergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass das damals keine taktischen Varianten der Politik waren, sondern dass die sowjetische Regierung zum damaligen Zeitpunkt die Möglichkeiten eines einheitlichen, entmilitarisierten, neutralen Deutschlands ausloten wollte.

Nach Beginn des kalten Krieges und in Vorbereitung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde dann in der SED-Führung die Bildung der Nationalen Front aus der Volkskongressbewegung heraus beraten. Nach meiner Kenntnis fand die erste Beratung dazu im Parteivorstand der SED im August 1949 statt, also noch bevor Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner nach Moskau fuhren, um dort die Vorbereitung der Gründung der DDR abzustimmen. Der Volksrat, der sich am 7. 10. 1949 zur provisorischen Volkskammer konstituierte, bestätigte diesen Beschluss. In den Monaten Januar und Februar 1950 konstituierten sich der Nationalrat und dann auf dieser Basis die Ausschüsse der Nationalen Front auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene.

Ein entscheidender Anstoß zur Entwicklung und zum Ausbau der Bündnispolitik ergab sich für die SED aus den Ergebnissen der Wahlen zu den Landtagen, den Kreistagen und Gemeinden im Herbst 1946. Die Ergebnisse zeigten, dass die SED kaum die absolute Mehrheit bei zukünftigen Wahlen erreichen wird. Bekanntlich wurden im Durchschnitt für die SED bei diesen Wahlen 47,5 Prozent der Stimmen abgegeben.

Als Schlussfolgerung erfolgte der Ausbau der Bündnispolitik mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften. Die Nationale Front wurde dabei als Transmission der Politik der SED und der im Demokratischen Block zusammenarbeitenden Parteien in allen Schichten der Bevölkerung entwickelt.

Die Besonderheit der Nationalen Front bestand darin, dass sie keine Mitgliederbewegung war. Es gab keine Mitgliedserklärung, keine Mitgliedsbeiträge oder anderweitige Rituale. Die Träger waren die fünf Parteien, mit eindeutiger Dominanz der SED, und etwa 25 bis 30 Organisationen, Verbände und Vereine, territorial unterschiedlich. Die Mitarbeit erfolgte aus politischen und persönlichen Interessen, auch um das Zusammenleben und die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern.

Während in den 50er Jahren die Nationale Front vor allem auf dem Gebiet der Ideologie wirksam werden sollte, veränderte sich danach die Arbeit immer mehr in Richtung ökonomische Aufgaben, auch zur Überwindung ökonomischer Zwänge und Schwierigkeiten.

Bis Ende der 60er Jahre bildeten sich die Ausschüsse vom Nationalrat bis zu den Gemeinden auf der Grundlage von Wahlen, auf Einwohnerversammlungen der verschiedenen Ebenen. Dieses richtige demokratische Prinzip wurde dann verlassen und es erfolgte dann nur noch eine Delegierung in die jeweiligen Ausschüsse durch die Parteien und Organisationen. Damit wurde die Legitimation der Ausschüsse brüchiger.

Formal war die Nationale Front Träger der Wahlbewegung, indem der Nationalrat den Wahlauftrag zu den jeweiligen Wahlen beriet und beschloss und die jeweiligen Ausschüsse die Kandidatenlisten zu bestätigen hatten, die aber vorher in den Blocksitzungen, bei kaum veränderter Mandatsverteilung zwischen den Parteien und Organisationen, bestätigt waren. Es muss kritisch festgestellt werden, dass selbst die Möglichkeiten, die durch das Wahlgesetz der DDR gegeben waren, eine kritische Prüfung der Kandidaten in Arbeitskollektiven und Ausschüssen der Nationalen Front vorzunehmen, ungenügend genutzt wurden.

Neben ihrer Rolle als Transmission zur Realisierung der Politik der SED, auch damit verbundene Rituale und Formalismen, spielte die Nationale Front im Alltagsleben, bei der Gestaltung der Lebensbedingungen der Bürger, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Ich möchte das vor allem an zwei Problemen deutlich machen, die ich auch aus meiner eigenen Erfahrung für wichtig halte. Zum ersten die freiwillige, unbezahlte Arbeit der Bürger in den Aktionen "Nationales Aufbauwerk", "Torgauer Initiative" und dann "Verschönerung unserer Städte und Gemeinden". Diese Aktionen erfolgten zur Überwindung von Engpässen und Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite haben damit Hunderttausende Bürger in den Städten und Gemeinden ihre eigenen Lebensbedingungen verbessert. Da ich mich besonders um die Dörfer bemüht habe, will ich dabei die Zusammenarbeit der Ausschüsse der Nationalen Front mit den Landwirtschaftsbetrieben, den LPG und VEG, und anderen Betrieben hervorheben. Viele Aufgaben und Maßnahmen der sozialen und kulturellen Infrastruktur (zum Beispiel Kinder-, Sport-, Kultur- und Handelseinrichtungen, das Wohnumfeld), wofür die Kommunen oft weder Geld noch Kapazitäten zur Verfügung hatten, konnten durch diese Gemeinschaftsarbeit realisiert werden.

Zum zweiten die Arbeit der Hausgemeinschaften, verbunden mit der Entwicklung von Gemeinschaftssinn, Solidarität, Hilfe und Unterstützung für den Nachbarn und eines Gemeinschaftslebens. Ich halte das als ein bleibendes Ergebnis der DDR-Geschichte. Aus eigenen Erfahrungen als Vorsitzender einer Hausgemeinschaft kann ich sagen, dadurch wurden Verhaltensweisen und Werteentwicklung beeinflusst. Verhaltensweisen von Bürgern in den neuen Bundesländern zeigen hier Nachwirkungen.

Auf zwei Felder sei noch verwiesen, wo die örtlichen Ausschüsse der Nationalen Front aktiv tätig waren. Das Serosystem war ein Betätigungsfeld auf der örtlichen Ebene. Herr Töpfer, als Umweltminister der BRD-Regierung, hat 1991 festgestellt, dass dieses System günstig war für die Erfassung und Verwertung aller Altrohstoffe. Die Nationale Front war Mitträger der Schiedskommissionen in den Städten und Dörfern. Dadurch wurde das Rechtssystem der DDR positiv erweitert und verbessert. Durch die Beratung und Entscheidung von zivilrechtlichen Konflikten, der Behandlung von Ordnungswidrigkeiten und Verfehlungen durch die Bürger selbst in ihren Wohngebieten wurde ein hoher Erziehungseffekt erreicht und das solidarische Zusammenleben der Bürger gestärkt.

Von den 15 Vorsitzenden der Bezirksausschüsse der Nationalen Front waren nach meiner Kenntnis neun nicht Mitglieder der SED. In den drei Nordbezirken war in Neubrandenburg und Rostock ein Mitglied der Bauernpartei Vorsitzender und im Bezirk Schwerin ein parteiloser Wissenschaftler. Das entsprach auch der Struktur dieser Bezirke.

Die Stellvertreter des Vorsitzenden kamen aus den anderen Parteien und Organisationen. Sie wurden auf den Bezirksausschusstagungen gewählt. Die Bezirks- und Kreissekretäre, die hauptamtlichen Kräfte der Nationalen Front waren immer Mitglieder der SED. Weitere hauptamtliche Kräfte, wie zum Beispiel die stellvertretenden Kreissekretäre und Sekretariatsmitglieder auf Bezirksebene waren dann Mitglieder anderer Parteien oder Parteilose. Über diesen hauptamtlichen Apparat sicherte sich die SED den Einfluss auf die Arbeit der Nationalen Front. Ich selbst konnte als Vorsitzender ein eigenverantwortliches Management sichern, natürlich auch bedingt durch meine wissenschaftliche Arbeit im Bezirk Neubrandenburg. Die Mitglieder des Bezirksausschusses der Nationalen Front kamen aus allen Schichten der Bevölkerung: von der Hausfrau über den Bauern, den Arbeiter, den Intellektuellen, den Ingenieur, den Wissenschaftler, Künstler, den Pastor und kirchlichen Amtsträger, also die gesamte Breite des

gesellschaftlichen Spektrums. In den Tagungen war auch eine etwas freimütigere, sachliche und kritischere Diskussion möglich als in anderen Gremien. Vorrangig ging es um den Erfahrungsaustausch über Ergebnisse der Arbeit, Problembenennung und Sichtbarmachung von Schwierigkeiten und ungelöster Probleme. Es gab in den Beratungen nicht diese, leider in vielen Gremien praktizierte Form, dass Diskussionsbeiträge vorher von den jeweiligen Parteien und Organisationen durchgesehen werden mussten, ehe sie gehalten wurden.

Aus der Arbeit des Bezirksausschusses und den Informationen aus den Kreisen wurden Berichte an den Nationalrat weitergeben, und soweit ich sie gesehen habe, waren sie sachlich und kritisch und haben die Probleme deutlich gemacht. Inwieweit sie zu Schlussfolgerungen geführt haben, ist offen.

Ich habe mich bei meiner ehrenamtlichen Arbeit in der Nationalen Front von dem afrikanischen Sprichwort leiten lassen, das auch Albert Schweitzer zu seinem Motto gemacht hatte: "Viele kleine Leute in vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern."

Wolfgang Mäder

### **Erfahrungen und Lehren der Bündnispolitik in der DDR**

Ganz zweifellos war das bündnispolitische Konzept der DKP von 1945, das bald zu dem der SED wurde, und des noch 1945 im Osten Deutschlands auf der Grundlage dieser Initiative von allen antifaschistisch-demokratischen Parteien als Aktionsgemeinschaft gebildeten Demokratischen Blocks ein ausgezeichnetes, was auch, wie hier schon gesagt, das internationale Interesse daran bewies. Schließlich wurde daraus eine sich über Jahrzehnte bewährende und von allen Partnern bewusst getragene Gemeinschaft befreundeter Parteien mit gleichem Ziel. Vergessen wir nicht: Das ging bei allen Partnern nicht ohne innere Auseinandersetzungen. Unsere heutige Konferenz beweist 65 Jahre danach, dass dieses Bündnis, das 40 Jahre lang unsere DDR gestaltet hat, auch jetzt noch lebendig ist.

Ich stimme aber denen zu, die hier schon ausführten, dass die mit diesem ausgezeichneten Konzept verbundenen Hoffnungen und Erwartungen im Verlauf der 45 Jahre, in denen unsere Gesellschaft auf dieser Grundlage geführt wurde, nicht immer und überall so erfüllt worden sind, wie das viele erwarteten. Damit wurden natürlich auch Möglichkeiten für noch mehr Wirksamkeit des Bündnisses verschenkt. Das lag aber nicht primär am Konzept, sondern an Unzulänglichkeiten und Fehlern bei dessen Verwirklichung. Dort gilt es anzuknüpfen.

Bei der rückblickenden Analyse müssen wir uns sicher auch noch einmal mit der Interpretation des hier verwendeten Bündnisbegriffs beschäftigen. Klar ist: Das übergreifende, bestimmende und einende Ziel dieses Bündnisses war zunächst die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland, später die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Wichtig ist, dass dieses Bündnis weiteren Gleichgesinnten offen stand, wie die hier bereits benannte unverzügliche Aufnahme weiterer, nach 1945 gegründeter antifaschistisch-demokratischer Parteien belegt.

Zu dieser Interpretation gehört aber ebenso, dass proletarische Bündnispolitik immer auch Mittel des proletarischen Klassenkampfes ist. Die konkreten Situationen des

Klassenkampfes können bekanntlich sehr unterschiedlich sein. Auch hier dürfte also gelten, dass es keine allgemeingültigen Rezepte für bündnispolitisches Agieren in unterschiedlichen Klassenkampfsituationen gibt.

Daraus folgt wohl auch, dass man zum Beispiel sehr grundsätzlich unterscheiden muss zwischen Bündnissen zum gemeinsamen Aufbau sozialistischer Gesellschaften in Ländern, in denen die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten bereits im Besitz der staatlichen Macht ist, wie einst auch bei uns in der DDR, und solchen zum Kampf um bessere Lebensbedingungen für die jeweils ausgebeuteten oder ausgegrenzten Massen der Völker kapitalistischer Länder, wie jetzt auch im gegenwärtigen Deutschland.

Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im ersten Fall, also unter Bedingungen, in denen der Klassenkampf im wesentlichen auf internationaler Ebene und seitens des kapitalistischen Klassenfeindes mit dem Ziel der Vernichtung des sozialistischen Aufbauwerkes geführt wird, wie einst gegen die DDR, erfordert die Schaffung von Bündnissen in Form sehr geschlossener Abwehrfronten. Nicht zu vergessen ist, dass der Gegner stets bemüht sein wird, eigene Metastasen in die Reihe der Erbauer des Sozialismus einzuschmuggeln, die sehr wohl auch unter einer bündnispolitischen Tarnkappe auftreten könnten. Hier geht es um die bewusste Abgrenzung gegenüber feindlichen Einwirkungen. Das gilt meiner Meinung nach wohl insbesondere auch deshalb, weil sich der Klassenkampf unter diesen Bedingungen auch verschärfen kann. Wir haben es doch 1989/90 unmittelbar erlebt. Der Klassenkampf ist dabei allerdings vom Gegner auch verschleierter, raffinierter und heimtückischer geführt worden.

Im zweiten Fall hingegen, unter kapitalistischen Bedingungen, kann und muss linke Bündnispolitik beim Kampf um ein besseres Leben offener und großzügiger gehandhabt werden. Immer wieder gibt es dort auf ganz spezifischen Kampffeldern auch bündnisfähige und bündnisbereite Gruppen aus dem bürgerlichen Lager oder aus weitgehend klassenneutralen Bereichen. Aber das gilt eben dann nur für diese speziellen Bereiche.

Das heißt, dass man wohl auch in Bezug auf das mögliche Spektrum der Bündnispartner zwischen diesen beiden Bündniskategorien differenzieren muss. Letzteres wird heute unter dem Eindruck der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse offenbar zuweilen anders gesehen, indem aus der Gegenwart und ihren Anforderungen irrtümliche Rückschlüsse auf scheinbar in der Vergangenheit nicht ausreichend genutzte Möglichkeiten gezogen werden. Heute willkommene Bündnispartner konnten also unter DDR-Bedingungen durchaus auch inakzeptabel gewesen sein.

Gegenstand der Bündnispolitik in der DDR konnten demnach nur die Beziehungen von Partnern sein, die sich deren Zielen mehrheitlich verschrieben hatten. Das waren die fünf Blockparteien und die von ihnen im Bündnis entsprechend seinen Zielen und Motiven gemeinsam getragenen, geförderten und geführten gesellschaftlichen Körperschaften wie die Massenorganisationen und die Bürgerbewegung Nationale Front. Unter den Bedingungen des andauernden und zeitweilig auch verschärften Klassenkampfes war dieses Bündnis also ein Kampfbündnis und alles andere als ein Gesprächsklub. Körperschaftliche Krakenarme des kapitalistischen Klassenfeindes hatten dort nichts zu suchen und konnten deshalb also auch nicht Gegenstand oder Teilhaber dieser Bündnispolitik sein.

Unter Gleichgesinnten gehen wir davon aus, dass man auch hierzulande in hoffentlich nicht allzu ferner Zeit erneut vor der Aufgabe stehen wird, eine sozialistische Gesellschaft vorzubereiten und aufzubauen. Dazu wird wieder ein Bündnis nötig sein. Das gute Konzept dafür ist wohl vorhanden und muss im Grundsatz nicht noch einmal erfunden, höchstens im Detail der konkreten Situation angepasst werden. Dabei werden die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Zeit von 1945 bis 1989 zu beachten sein.

Zwei markante Beispiele aus der DDR-Geschichte will ich betrachten: erstens die großen, vom Staat zwar deutlich getrennten, aber auch geförderten christlichen Kirchen, die der heutige Staat wieder als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkennt und pflegt, und zweitens wesentliche Teile der jungen VdgB, die sich anfangs als Großbauernvereine zu konstituieren versuchten.

Bereits im 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung hat die christliche Kirche begonnen, sich den jeweils herrschenden Klassen der Ausbeutergesellschaften als Herrschaftsgehilfe und -teilhaber anzudienen, und das im Verlauf der Jahrhunderte unter Verrat ihrer ursprünglichen, auf soziale Gleichheit orientierten Prägung bis zur Perfektion entwickelt. Daran hat sich bis heute im Grundsatz nichts geändert, auch wenn es dazu an der kirchlichen Basis begrüßenswerte Diskussionen gab und gibt. Die über Jahrhunderte tradierte Bindung zwischen DDR- und Westkirchen wirkte im Sinne des Selbstverständnisses letzterer weiter. Sie stand dem Sozialismus damit grundsätzlich feindlich gegenüber, und die Gesprächsbereitschaft der später teils formal vom Westen getrennten DDR-Kirchen gegenüber Staat und Gesellschaft war demzufolge nichts anderes als ein vernunftbedingtes taktisches und auf die eigenen Existenzbedingungen gerichtetes Bemühen um friedliche Koexistenz. Sie war nicht mal ein Ansatz des Verzichts auf reaktionäre Klassenpositionen. Die anfänglichen Erscheinungen beider Betrachtungsobjekte hingen wohl auch unmittelbar miteinander zusammen.

Das konterrevolutionäre Geschehen der Jahre 1989/90 in der DDR hat die reaktionäre Position der Kirchen eindeutig und abschließend geklärt. "Kirche im Sozialismus" war von deren Führungen her nichts anderes als Heuchelei. Allerdings folgten diesem reaktionären Kurs nicht alle Mitglieder dieser Kirchen. Vorhandene Abweichler, die es in differenzierter Weise auch bis in die Kirchenleitungen hinein gab, änderten nichts an diesem Sachverhalt als Ganzes. Sie haben leider nicht vermocht, eine breitere innerkirchliche Opposition zu entwickeln. Unvergessen wird jedenfalls bleiben, mit welchem Stolz diese Kirchen nach dem Ende der DDR und damit des sozialistischen Aufbaus hierzulande auf ihren Beitrag zu diesem Umsturz verweisen. Seitdem gehöre ich übrigens keiner Kirche mehr an. Wenn es also hier in dieser Konferenz auch Ansätze dahingehend gibt, die Staat-Kirche-Gespräche in der DDR oder bilaterale Gespräche zwischen den Parteien des Blocks und den Kirchen in die hier besprochene Bündnispolitik einzuordnen, ist das wohl doch Ausdruck einer falschen Sichtweise.

Gerade an dieser Stelle halte ich auch noch eine Bemerkung zu den Verhältnissen innerhalb des politischen Bündnisses der DDR für notwendig. Seine Mitglieder hatten sich schonfrühzeitig in einem freien Entscheidungsprozess darauf verständigt, dass die Partei der Arbeiterklasse am besten geeignet und am meisten befähigt ist, dieses Bündnis zu führen. Das bedeutete aber keinerlei Abstrich am demokratischen Ursprung und Charakter des Bündnisses. Aus der politischen Gesamtlage ergaben sich damals drei gewichtige Gründe für eine solche Entscheidung: Einen historischen, denn als Partei der Arbeiterklasse war die SED am unmittelbarsten mit der Entwicklung der Produktivkräfte, der Quelle des gesellschaftlichen Fortschritts verbunden; einen politischen, denn sie war unter den Bündnispartnern die mitgliederstärkste Partei; und einen moralischen, denn in ihr war auch die Mehrheit derer vereint, die die faschistische Diktatur am härtesten zu spüren bekommen hatten. Gerade daran dürfen wir wohl nicht vorbeigehen.

Im Verlauf der gemeinsamen Aufbauarbeit entwickelte sich das Bündnis auch dadurch qualitativ weiter, dass sich die Positionen der Bündnispartner hinsichtlich der Eignung marxistisch-leninistischer Erkenntnisse als Leitfaden für ihr gemeinsames Handeln immer mehr annähernten. Dabei wurden auch die Bündnispartner der SED zu

sozialistischen Parteien. Trotz aller im konterrevolutionären Geschehen sichtbar gewordenen Verräter! Die gab es auch in der SED. Wir hatten alle unsere Schabowskis.

Diese Anmerkungen sind mir nicht zuletzt deshalb wichtig, weil sich die heute Regierenden in ihrer anlässlich des 20. Jahrestages der Einverleibung der DDR in die BRD wieder einmal kulminierenden Hetz- und Lügenpropaganda gegen alles, was positiv an die DDR erinnert, mit den Vokabeln "Gleichschaltung" und "Bevormundung" gerade auch auf dieses Bündnis eingeschossen haben und dieser Munition dabei einen hohen Stellenwert zumessen.

Dieses Bündnis hatte sich bewährt, auch wenn ihm der abschließende Erfolg zunächst noch versagt blieb. Fast 45 Jahre lang hat es dazu beigetragen, im Osten Deutschlands das Kapital von Macht und Eigentum zu trennen.

Eine alte Weisheit sagt: Fehler können nur dort nicht passieren, wo nichts geschieht, wo nicht gearbeitet wird, wo niemand wagt, etwas Neues zu beginnen. Im Bündnis wurde gearbeitet und Neuland betreten. Also waren auch Fehler nicht auszuschließen. Und es gab sie, leider offenbar auch bei sehr markanten Weichenstellungen unseres sozialistischen Aufbaus und auch bei der konkreten Verwirklichung des bündnispolitischen Konzepts und im Zusammenwirken der Bündnispartner.

Hier und heute kann es aber sicher nicht um die umfassende Fehleranalyse gehen. Befreit sind wir davon allerdings nicht. Heute wissen wir wohl erst einmal, dass es ebenso keine Blaupause für eine fehlerfreie Bündnispolitik gab, wie wir auch kein allgemein gültiges Wiederverwendungsprojekt für den Aufbau des Sozialismus hatten.

Bedeutsam ist aber wohl, dass diese Fehler von den Bündnispartnern gemeinsam gemacht wurden. Keiner im Bündnis kannte zum Zeitpunkt von gewichtigen Fehlentscheidungen zu Sachfragen des sozialistischen Aufbaus den alternativ besseren und erfolgreichereren nächsten Schritt auf diesem Weg. Diese Fehler müssen nun auch von uns gemeinsam getragen, verantwortet und analysiert werden. Es wäre sehr unehrenhaft, solche Fehler nun allein der führenden Kraft des Bündnisses anzulasten. Wir müssen uns von derartigen Positionen ebenso deutlich distanzieren wie von dem Auftreten jener, die das Bündnis heute bekritteln und diffamieren, obwohl sie dort selbst einst aktiv waren. Solche Besserwisserei geht bis zum gemeinen Verrat.

Zu einem weiteren Feld bündnispolitischer Betrachtungen: Ausgangspunkt dafür ist die bereits getroffene Feststellung, dass bei der Behandlung bündnispolitischer Aufgaben immer von der konkreten historischen Situation ausgegangen werden sollte, in der das betreffende Bündnis agiert, dass es also, bezogen auf unsere ehemalige DDR-Realität, unsere heutige Lage und unsere Zukunftsziele, sehr unterschiedliche Anforderungen an die von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführten Bündnisse gibt. Die von morgen werden denen von gestern ähnlicher sein als die von heute den beiden anderen.

Bezogen auf unser Bündnis von gestern, also das in der DDR, das wir jetzt analysieren, um Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, wird hier und heute ganz allgemein auch die Frage danach angesprochen, ob und in welcher Weise es bei der bündnispolitischen Arbeit neben der Zusammenarbeit von Parteien und Organisationen, natürlich bei gewissenhafter Differenzierung der einschlägigen Körperschaften oder anderer gesellschaftlicher Strukturen, auch um die einzelnen Bürger gegangen sei, insbesondere um solche, die in nicht oder noch nicht für das Bündnis in Frage kommenden Gruppierungen gegebenenfalls gegen das Bündnis organisiert oder beeinflusst wurden. Die Antwort erscheint klar: Ein Ausgangspunkt des Bündnisses, seiner Politik und der Politik seiner Mitglieder war es zweifellos und vom Anfang seines Bestrebens an bis zum Ende der DDR, die von den Parteien jeweils speziell angespro-

chenen Bevölkerungskreise, einschließlich derjenigen, die dem Bündnis noch zögernd, fremd oder feindlich gegenüberstanden, für die aktive Unterstützung der gemeinsamen Ziele des Bündnisses zu gewinnen. Auf diesem Wege galt es zu helfen, in abseits stehenden oder dem Bündnis abgewandten Gruppen oder Körperschaften neue, dem Bündnis zugewandte Mehrheiten zu entwickeln, wie sich das beispielgebend in der VdgB vollzogen hat. Sie wurde zu einer Stütze des Bündnisses.

Solche Entwicklungen vollzogen sich aber nicht primär durch die Arbeit des Bündnisses oder seiner Mitgliedsorganisationen gegenüber den nicht in das Bündnis integrierten Gruppen oder Körperschaften. Da war, wie festgestellt, Abgrenzung geboten. Diese Entwicklungen erfolgten in erster Linie über die einzelnen, zu gewinnenden Menschen. Das heißt, dass man in bündnispolitischer Hinsicht ganz generell auch zwischen der Arbeit mit noch abseits stehenden Bürgern und der Arbeit gegenüber konträren Körperschaften unterschieden hat. Das war zweifellos richtig. Für die bündnispolitische Bürgerarbeit hatte sich das Bündnis mit der Nationalen Front eigens ein sehr gut geeignetes Instrument geschaffen, das bald, wie hier schon gesagt wurde, auch weitere Aufgaben übernehmen konnte.

Das gilt auch für das Beispiel der Arbeit mit Christen und Kirchen und die Frage, wie denn die einzelne christliche Persönlichkeit einzuordnen war, die noch nicht in unserer Front stand. Auch sie war durch uns für uns zu gewinnen, gegebenenfalls auch gegen den Widerstand der jeweiligen Kirche. Genug gemeinsame Ansatzpunkte boten und bieten wissenschaftlicher Sozialismus und christliche Religion. Gerade darüber hat auch jüngst der bezeichnenderweise durch den Papst vom Priesteramt suspendierte, linke nicaraguanische Geistliche Ernesto Cardenal in seiner Grußansprache an den Rostocker Parteitag der Partei DIE LINKE gesprochen.

Wie das allerdings nicht aussehen durfte, will ich ganz knapp aus persönlichem Erleben schildern. Aber auch dazu bedarf es einer Vorbemerkung. Ebenso, wie überall dort, wo bewusst gearbeitet wird, Fehler entstehen, ist auch derjenige nicht gegen Fehler gefeit, der sich der Berufung stellt, komplizierte gesellschaftliche Prozesse zu führen. Ich komme damit darauf zurück, dass auch die führende Kraft unseres Bündnisses Probleme bei der Bewältigung dieser Aufgabe hatte. Zumindest einen sehr grundsätzlichen Fehler mit bündnispolitischer Relevanz muss man da wohl ansprechen.

Dem SED-Parteiparat war es offenbar durchgehend von der obersten bis zur untersten Ebene nicht gelungen, das ausgezeichnete bündnispolitische Konzept erfolgreich bis in die letzte Parteigruppe zu tragen und dort in vollem Umfang wirksam zu machen. Vielleicht ist auf diesem Weg auch manches Wichtige unterbewertet und vernachlässigt worden. Das hat dazu geführt, dass Genossinnen und Genossen auf diesem wichtigen Gebiet nicht über die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügten. Bei Seminaren zur Bündnispolitik, die ich ab 1987 an einer Bezirksparteischule der SED gehalten habe, sind mir solche Tendenzen auch aufgefallen. Aus dieser Situation wiederum entstanden wohl bei manchen SED-Funktionären und -Mitgliedern auch Fehleinschätzungen der eigenen Möglichkeiten und Kompetenzen, ein dementsprechend falsches Auftreten in der Öffentlichkeit und auch gegenüber Bündnispartnern, entstanden spezielle Spielarten von Sektierertum und leider auch sektiererischer Arroganz. Das hat dem Bündnis zweifellos geschadet und auch seine Wirksamkeit beeinträchtigt.

An Beispielen ist nachweisbar, wie sich entsprechende Positionen verfestigt hatten und leider bis in die heutige Zeit wirken: Es war und ist sicher verkehrt, die erwachsene Bevölkerung der DDR auf SED-Mitglieder und Parteilose zu reduzieren. Ebenso falsch war es wohl auch, von der SED "und" den Blockparteien zu sprechen. Die SED selbst

war Blockpartei vom ersten Tage an. Es gab also sie als Blockpartei und weitere Blockparteien. Aber wir hatten bessere Begriffe. Es hätte kein Staubkorn auf der unstrittigen Führungsrolle der SED hinterlassen, wenn sie eine innerparteiliche Sprachregelung in Richtung von "befreundeten Parteien" oder dergleichen festgelegt hätte. Gerade der kritisierte, leider aber bis heute allgemein vertraute falsche Zungenschlag erleichtert es unseren politischen Gegnern, Differenzen, Widersprüche und "Opposition" in das Bündnis hineinzumanipulieren. Er wirkt auch noch in linken Publikationen und ist sogar heute schon hier in dieser Konferenz gefallen. Das sind sicher nicht nur simple Nachlässigkeiten, sondern offenbar Folgen von Lücken in der damaligen politisch-ideologischen Arbeit. Über die Gefahren linken Sektierertums sprach hier schon Genosse Professor Hümmler.

Nun zum persönlich Erlebten. Es war um die Mitte der 50er Jahre. Ich war Oberschüler. Entsprechend den damals für mich prägend gewesenen Einflüssen aus der ganz unmittelbaren persönlichen Umgebung wollte ich ein guter Christ sein. Aber die für mich überzeugende Affinität beispielsweise zwischen Bergpredigt und Kommunistischem Manifest hat mich auch für den soeben begonnenen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR begeistert, mich zum engagierten Mittun veranlasst und bewirkt, auch ein guter FDJler sein zu wollen. Also trug ich an meiner Windjacke das FDJ-Abzeichen neben dem der Jungen Gemeinde. Dass mich dafür beide Seiten kritisierten, hat mich damals überrascht und irritiert. Die Vorwürfe aus den mich bis dahin vorwiegend prägenden Kreisen habe ich erst später richtig einzuordnen gelernt. Aber die Kritik von der anderen Seite blieb mir unverständlich.

Wenig später, unmittelbar vor dem Abitur, lud der hauptamtliche FDJ-Sekretär der Schule, SED-Mitglied und soeben in Ehren aus den bewaffneten Organen zurückgekehrt, diejenigen von uns zu einer Gesprächsrunde ein, die daran dachten, vielleicht einmal Mitglied der SED werden zu wollen. Ich ging auch hin und hörte vom FDJ-Sekretär: "Was willst denn du hier? Du kommst doch von der Jungen Gemeinde. Dich können wir hier nicht gebrauchen." Ich habe dann den Weg in die CDU der DDR gefunden, in eine andere Blockpartei eben. Heute meine ich, dass das wahrscheinlich der richtigere Weg war, auf dem ich den spezifischeren Beitrag zur gemeinsamen Sache leisten konnte. Aber musste es vorher zur erneuten Irritation kommen?

Jahre später, ich stand im Berufsleben, hatte mein Kombinatdirektor, Mitglied einer SED-Bezirksleitung, mich und zwei wie ich "parteilose" Kollegen für die Kampfgruppen der Arbeiterklasse gewonnen. Ich musste mir aber dann beim Debüt zusammen mit einem Kollegen aus der NDPD vom Vertreter der SED-Kreisleitung sagen lassen: "Ihr müsst wieder nach Hause gehen, Ihr seid in den falschen Parteien." Und dabei blieb es. Der Dritte, wirklich parteilos, durfte bleiben. Aufgabe dieser Kampfgruppen war es doch, die Betriebe, Einrichtungen und Errungenschaften des ganzen Volkes zu schützen. Außerdem stand bis 1989 in meiner Kaderakte: Erste soziale Stellung: Arbeiter! Solche Erlebnisse konnten auch demotivierend wirken.

Auch hier sind wohl bündnispolitische Chancen vertan worden. Wie in meinem Falle wurden immer wieder die gegenüber der Institution Kirche vollauf berechtigten Vorbehalte pauschal auf deren Mitglieder übertragen. Dort gab es zwar auch viele hart gesottene Schwestern und Brüder, aber anderen mussten auch nur die Augen geöffnet werden, nicht zuletzt durch erlebtes Dabeisein. Und dabei hat uns unser führender Bündnispartner des öfteren wohl doch zu wenig unterstützt.

Am Rande: Das waren schwierige Probleme. Natürlich galt es da im Sinne der Abgrenzung gegebenenfalls auch ganz personen- und herkunftsbezogene, sicherheitsrelevante Gesichtspunkte zu beachten. Aber um so ungeeigneter waren wohl dann pauschalisierende Verfahrensweisen.

Es gab auch manche sehr grundsätzliche Frage mit bündnispolitischem Hintergrund an mich, als ich später Vorsitzender eines CDU-Bezirksverbandes war. Dazu hatte ich mich schon einmal in einer Beilage zum "RotFuchs" Nr. 132 (Januar 2009) geäußert. Deshalb tippe ich jetzt nur an: Warum musste der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen Mitglied der SED sein? Warum waren verschiedene Funktionsbereiche in Staatsapparat und bewaffneten Organen fast völlig den SED-Mitgliedern vorbehalten? Warum gab es die "Schild und Schwert"-Bezeichnung des MfS in jener auf "die Partei" bezogenen Fassung? Das MfS war doch ein Organ von Volk und Staat zu deren Schutz und Sicherheit.

Um vielleicht anschließende Fragen an mich gleich zu beantworten: Heute bin ich Mitglied der DKP, wo man gegenwärtig auch viel über die Gestaltung von Bündnissen diskutiert, allerdings von Bündnissen unserer Tage.

Zur positiven Bilanz unseres DDR-Bündnisses: Unser Bündnis war die bisher am längsten stabile regierende politische Koalition auf deutschem Boden und ein wesentliches Merkmal der DDR als bisher größter Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Das Bündnis repräsentierte die Diktatur des Proletariats und seiner Verbündeten. Fehler und Mängel bei seiner Verwirklichung waren nicht die entscheidende Ursache dafür, dass der erste deutsche Sozialismusversuch noch nicht dauerhaft erfolgreich war. Die angestrebte und verkündete "Sozialistische Menschengemeinschaft" waren wir aber wohl sicher erst anteilig und das zu einem heute schwer quantifizierbaren Anteil. Insgesamt also eine Bilanz, die von der Existenz und vom Charakter der DDR nicht zu trennen ist!

Um so mehr muss es verblüffen, wenn heute selbst unter linken Historikern auch darüber diskutiert wird, dass sogar die "Runden Tische" der DDR-Endphase Beispiel und Bestandteil unserer Bündnispolitik gewesen sein könnten. Hier muss man fragen: Welcher Bündnispolitik? Einer Politik, die im Kern schon auf die Vernichtung der DDR zielte, also einen darauf gerichteten Verbund repräsentierte, der im krassesten Gegensatz zu Ausgangspunkt und Ziel des DDR-Bündnisses stand. Diese Runden Tische waren zweifellos bereits Bestandteil der DDR-Abwicklung im Auftrag des Kapitals. Sie waren das Instrument zum offiziösen Einstieg in diesen Prozess. Alles, was nominell noch DDR-Spezifik trug, konnte bereits an diese Tische zitiert werden oder stellte sich selbst opportunistisch zu ihrer Verfügung. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Parteien, die noch mit den Namen ihrer DDR-Vergangenheit in diesen Runden saßen, im politischen Inhalt längst nicht mehr die Parteien waren, als die sie einst gegründet wurden und jahrzehntelang im Bündnis am Aufbau des Sozialismus mitgearbeitet hatten. Sie alle hatten sich mehr oder weniger "gewendet" und verschwanden zunehmend von der politischen Bildfläche. Das waren nicht mehr die Partner des DDR-Bündnisses.

Damit dürfte geklärt sein, dass diese Runden Tische mit der "Bündnispolitik der DDR" nicht mehr das Geringste zu tun hatten. Letztere diente dem langfristigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, die Runden Tische hingegen dem sehr kurzfristigen Übergang vom sozialistischen Aufbau zum uneingeschränkten und eskalierenden Kapitalismus, zur Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit all ihren gegenwärtig erlebten Gebrechen. Auch hier muss sowohl begrifflich als auch in der historischen Bewertung eine ganz klare Grenze gezogen werden. Falsch interpretierte "Bündnispolitik" darf nicht zum Tarnumhang von Klassenkompromissen werden. Bewusstseinsfragen sind Schlüsselfragen! Und gerade auf diesem Gebiet gab es wohl ein nicht zu übersehendes Defizit, für das wir als diesem Bündnis Angehörige alle gemeinsam die Verantwortung tragen.

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider

## **Auftrag und Bilanz der 10. Volkskammer der DDR. Wie die CDU-geführte Mehrheit der Abgeordneten die DDR-Bürger verriet**

Als Günter Schabowski schusselig und irrtümlich am 9. November 1989 um 18.43 Uhr vor der internationalen Presse verkündete, dass die neue Reiseverordnung der DDR sofort, unverzüglich gelte (in Wahrheit sollte sie am 10. November, 4.00 Uhr, in Kraft treten), löste er eine Lawine von Ereignissen aus. Helmut Kohl fasste den weiteren Gang der Ereignisse 2009 in die Kurzformel: "Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung."<sup>1</sup>

War mit dem 9. November 1989 mit Hilfe Gottes, des Papstes und Gorbatschows der 3. Oktober 1990 vorprogrammiert?<sup>2</sup> Waren die "friedlichen Revolutionäre" Wortführer im Kampf für eine reformierte DDR oder Stoßtrupp und fünfte Kolonne für Helmut Kohls Expansionspolitik?<sup>3</sup> War die Wahl der 10. Volkskammer der DDR am 18. März 1990 die entscheidende Zäsur und das Wahlergebnis die Legitimation für die Verfechter der "Wiedervereinigung"?<sup>4</sup>

Für Markus Meckel steht rückblickend fest: "Die freie Wahl am 18. März 1990 war das Ergebnis der Herbstrevolution des Jahres 1989, in welcher die SED-Herrschaft an ihr Ende kam. Gleichwohl stand sie ganz im Zeichen der deutschen Einheit."<sup>5</sup>

Was ist zwischen dem 9. November 1989 und dem 18. März 1990 Entscheidendes geschehen, das die Wende in der "deutschen Frage" herbeiführte? Helmut Kohl nannte viele Male sein Auftreten an der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989 in Dresden als das entscheidende Datum. Dort habe er die DDR-Bürger/Dresdner und die Weltöffentlichkeit für seine Idee der raschen nationalen Einheit gewonnen. Die Stichworte waren: Die DDR-Bürger besitzen das Selbstbestimmungsrecht und die Deutschen seien *ein* Volk. Noch war offen, wie innen- und außenpolitisch eine Situation geschaffen wird, die praktische Schritte ermöglichten. Die Losung von "freien Wahlen" wurde zum Vehikel der Konterrevolution.

Während Hitler den "Anschluss" Österreichs 1938 durch den Volksentscheid "Ein Volk, ein Reich, ein Führer" legitimieren ließ, die Saarländer 1956 vor ihrem "Anschluss" abstimmen durften, sollte im März 1990 eine Wahl in der DDR ein Votum des Volkes zur entscheidenden Frage ersetzen. (Ein Volksentscheid fand in Karl-Marx-Stadt statt, um den Namen Chemnitz "demokratisch" wieder einzuführen.)

Helmut Kohl brauchte für seine Politik "willige Helfer" in der DDR. (Auch Hitler war ohne die Henleins nicht ausgekommen.) Es erwies sich für Kohl als unumgänglich, mit "Blockflöten" zu kooperieren, gegen die er anfangs große Vorbehalte hegte. "Die Bundespartei CDU tat sich ... sehr schwer, sich mit den Schmuttelkindern der Blockflöten zusammenzutun." (Lothar de Maizière) Trotzdem begann die Kollaboration solcher Politiker wie Lothar de Maizière schon Anfang 1990, aber geheim.

In Helmut Kohls "Erinnerungen" von 2009 liest sich das so: Im Januar 1990 suchte Helmut Kohl Partner in der CDU der DDR - im Bonner Jargon "Blockflöten" -, um zu sichern, dass die PDS abgewählt und eine bürgerliche Mehrheit gesichert wird: "Das bürgerliche Lager musste zusammengeführt werden. Daran arbeitete ich mit unermüdlichem Einsatz, denn das war die einzige Chance, Mehrheiten zu gewinnen und so den Weg zur Wiedervereinigung zu ebnen. Von vielen Seiten ermutigt, entschied ich mich schließlich entgegen der Position des CDU-Generalsekretärs Volker Rühle, mit der Ost-CDU zu sprechen. In der zweiten Januarhälfte 1990 kam es zu einem ersten, geheimgehaltenen Treffen mit Lothar de Maizière, bei dem es mir vor allem darum ging, den

Mann kennen zu lernen, der im November 1989 zum neuen Vorsitzenden der Ost-CDU gewählt und in Modrows Allparteienregierung stellvertretender Ministerpräsident geworden war."<sup>6</sup>

In weiteren Geheimgesprächen fand er weitere Leute wie Pfarrer Werner Ebeling und Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, mit denen er die "Allianz für Deutschland" zimmerte. Selbst Bischof Leich, der erste Mann der protestantischen Bischöfe in der DDR, wurde in geheimer Mission eingesetzt. Am 26. Januar war Bischof Leich bei Helmut Kohl in Bonn, der ihn aufforderte, die "Allianz für Deutschland" zu unterstützen und Lothar de Maiziére (der Minister im Kabinett Hans Modrows war) für die Idee der "Allianz" zu gewinnen. Bischof Leich unterstützte den Plan des Kanzlers in einem Brief vom 29. Januar 1990 an Lothar de Maiziére. Der Brief endete: "Gott hüte und bewahre Sie in Ihrem schweren Dienst!!"<sup>7</sup>

Schon im Februar 1990 ging die Einmischung des Kanzlers in innere Angelegenheiten der DDR forsch weiter. "Mit logistischer Unterstützung der Unionsparteien begann unmittelbar nach ihrer Gründung der Wahlkampf der Allianz für Deutschland. Der Weg zur Wiedervereinigung sollte nach Auffassung der Allianz über den Beitritt der noch zu gründenden DDR-Länder zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgen."<sup>8</sup> Nicht nur die CDU-West, sondern auch der Staatsapparat der BRD wurde auf Hochtouren gebracht: "Natürlich wurden im Kanzleramt bereits entscheidende Weichenstellungen in Richtung staatlicher Einheit vorbereitet."<sup>9</sup>

Als die "Allianz für Deutschland" schließlich den Wahlsieg errungen hatte, war zu entscheiden, wer Ministerpräsident wird. Auch das schilderte Kohl offenherzig: "Drei Tage nach der erfolgreichen März-Wahl reiste Lothar de Maiziére, begleitet von den Pfarrern Ebeling und Eppelmann, nach Bonn. Beim ersten Treffen der Allianzpartner im Kanzleramt musste zunächst einmal die Frage geklärt werden, wer Ministerpräsident der DDR werden sollte."<sup>10</sup> Auch Eppelmann bot sich an; Stolpe fand vor Kohl keine Gnade. Lothar de Maiziére wurde als Ministerpräsident von Kohls Gnaden bestimmt, ehe die "frei gewählten" Mitglieder der Volkskammer auch nur einen Mucks hätten sagen können.

Halten wir zunächst fest: Helmut Kohl bezeugt, dass der Regierungschef schon in Bonn bestimmt worden war, ehe die Abgeordneten etwas sagen konnten.

An dieser Stelle ist es nötig, an die Rechtslage zu erinnern. In der DDR fanden Wahlen statt. Das war Angelegenheit der DDR-Bürger. Die DDR war wie die BRD gleichberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen und Signatarmacht der Helsinki-Schlussakte. Für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten galt zusätzlich der "Grundlagenvertrag" vom 21. Dezember 1972.<sup>11</sup> Im Vertrag bekannten sich beide deutsche Staaten zur "Unverletzlichkeit der Grenzen und Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa in ihren jetzigen Grenzen" als "grundlegende Bedingung für den Frieden." Im Artikel 6 bekräftigten sie, "dass die Hoheitsgebiete jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der beiden Staaten in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten." Das war völkerrechtliches Gebot, das Helmut Kohl genau kannte und mit dem "Recht des Stärkeren" missachtete. Aber durfte das die Volkskammer und Regierung der DDR nahezu unter Berufung auf "Volkes Wille" widerspruchlos hinnehmen? Wir kommen auf die Frage zurück.

Es wird heute kaum mehr bestritten, dass der Wahlkampf in der DDR von Bonn aus gelenkt worden ist, also Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates war. Gerhard Höppner urteilte 2010 rückblickend: "Diese Wahl war ... ganz stark von der Parteienlandschaft und den Persönlichkeiten des Westens beeinflusst."<sup>12</sup>

Nehmen wir einige Fakten:

- Der Bundeskanzler hat vor der Wahl auf sechs Großkundgebungen im Osten der DDR vor mehr als einer Million Menschen gesprochen.
- Am 5. März 1990 wurde in Berlin-Dahlem mit Hilfe von Lothar de Maizière, Wolfgang Schnur und Werner Ebeling die "Allianz für Deutschland" zusammengezimmert.
- Die CDU setzte in der DDR 20 Millionen Flugblätter und 500 000 Plakate ein (die wahre Blüten des Antikommunismus waren).
- Das Adenauer-Haus druckte 15 Millionen Exemplare einer sechzehnteiligen Wahlzeitung.
- Die westdeutschen Medien hämmerten den DDR-Bürgern Kohls Versprechen ein: Keinem wird es schlechter gehen, vielen aber besser!
- Egon Bahr nannte die Märzahlen 1990 die schmutzigsten Wahlen, die er erlebt habe; Bärbel Bohley meinte: "Die Bevölkerung hat jetzt das Geld gewählt." Zwanzig Jahre nach der Wahl wurde offiziell verkündet: "Kohl war der wahre Sieger."<sup>13</sup>

Ehe wir uns Details aus der Arbeit der 10. Volkskammer zuwenden, muss der Frage nachgegangen werden, ob die Wahl eine Volksabstimmung über die "Wiedervereinigung" bedeutete. Lothar de Maizière behauptet noch 2010: "Letztendlich war die Wahl das Plebiszit für die deutsche Einheit."<sup>14</sup> Das war es nicht, wie auch Erich Buchholz nachwies: "Die Regierung der DDR hatte spätestens im März 1990 das Gesetz des Handelns verloren. Die Behörden der DDR wurden zunehmend zu Erfüllungsgehilfen und ausführenden Organen der Bundesregierung."<sup>15</sup>

Einige Abgeordnete der Volkskammer spürten das auch, wenn sie von einem "Liquidationsvertrag", "Anschlussvertrag", "Selbstaufgabe der DDR", "Schlüsselübergabe auf dem Samtkissen in Bonn" und "Staatsuntergang durch Vertrag" sprachen.<sup>16</sup>

Aber die "Wiedervereinigung" wird auch gefeiert, nicht nur durch Kohl. Elke Kimmel behauptete im März 2010: "Die durch die ersten freien Wahlen ins Amt gesetzte Regierung hatte von vornherein vor allem die Aufgabe, den Staat DDR möglichst gut abzuwickeln, ohne dass - mangels historischer Vorbilder - der zeitliche Horizont dafür klar war."<sup>17</sup>

Zunächst: Die "Allianz für Deutschland" hatte 1990 nicht die Mehrheit der Stimmen errungen, genau so wenig wie die Hitlerpartei 1932. Verfassungsändernde Mehrheiten erhielt die "Allianz für Deutschland" erst, als die Sozialdemokraten ins Kabinett eintraten. Und auch eine Mehrheit wäre zur Aufgabe der DDR nicht berechtigt gewesen. Die Frage, ob die Mehrheit der DDR-Bürger für oder gegen den "Anschluss" war, hätte sich durch einen Volksentscheid eindeutig klären lassen können.

Der Bundesrepublik standen die Erfahrungen beim "Anschluss" des Saarlandes zur Verfügung. Lothar de Maizière kannte, wie er später (in: *Anwalt der Einheit*, S. 101) zugab, die Prozedur beim Anschluss des Saarlandes an die BRD 1956. Er behauptet, dass es zwischen 1956 und 1990 eine "unvergleichliche Situation" gegeben habe, er meint aber, die Situation sei unvergleichbar - um zu vergleichen. 1956 seien zwei "systemgleiche Staatengebilde" vereinigt worden, 1990 konnte von gleichen Systemen keine Rede sein. 1956 habe es eine Volksabstimmung gegeben. Wer hat sie 1990 verhindert? Lothar de Maizière erinnerte sich an die "Friedensklausel" des Saarvertrages von 1956, "wo steht, dass nach der Vereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik niemandem persönlich, beruflich oder sonst ein Nachteil daraus erwachsen solle, welche Haltung er im Vorfeld der Vereinigung zu dieser Sache bezogen hat." Warum wurde auf diese Methode, die viel Schaden von DDR-Bürgern abgewendet hätte, 1990 verzichtet? Reicht de Maizières Erklärung: "Eine Regierung, die in einer solch starken Weise alimentiert wird, hat natürlich relativ wenig Verhandlungsspielraum."

Für Helmut Kohl und Lothar de Maiziére stand schon vor dem 18. März 1990 fest, dass der "Beitritt" nach Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgen sollte, aber das war eine Verletzung des Grundgesetzes, das für die gegebene Situation den Artikel 146 vorsah, für Lothar de Maiziére, der schon unter Hans Modrow den Eid auf die Verfassung der DDR geleistet hatte, Hochverrat. Die Souveränität der DDR war unverkäuflich.

Die 10. Volkskammer weist im Vergleich zu ihren neun Vorgängern einige Merkwürdigkeiten auf, die hier nur in Fragen erwähnt werden:

- Wo sind die Arbeiter und Bauern geblieben? Selbst in der PDS-Fraktion gab es, wie Gregor Gysi bestätigte, keinen einzigen.<sup>18</sup>
- Wie erklärt sich der hohe Anteil von Pfarrern und Rechtsanwälten? Haben Vertreter dieser Berufe in der DDR schon bürgerliche Politologie studiert? (In der SPD-Fraktion gab es 16,5 Prozent Theologen.)
- Wie war es möglich, dass in der CDU-Fraktion von 165 Abgeordneten 92 schon vor 1990 Mitglied gewesen waren, also als "Blockflöten" galten, de Maiziére (CDU-Mitglied seit 1956) trotzdem die jeweils Kohl-hörige Mehrheit erreichte? (Die PDS hatte ihre Fraktion von "Altlasten" gesäubert.)
- Wie konnte es geschehen, dass in einem Staat, in dem die Atheisten statistisch überwogen, religiös gebundene Abgeordnete die Mehrheit erhielten? 70 Prozent der Wähler hatten keine religiöse Bindung, aber 64 Prozent der Abgeordneten gaben eine Konfession an.<sup>19</sup>

Nachdem die 10. Volkskammer am 18. März 1990 gewählt worden war, dauerte es bis zum 19. April, dass Lothar de Maiziére seine Regierungserklärung abgab.<sup>20</sup> Auf reichlich fünf Seiten entwickelte er ein Konzept, das lückenhafter, nebulöser und realitätsfremder kaum sein konnte. Die Erklärung begann: "Die Erneuerung unserer Gesellschaft stand unter dem Ruf 'Wir sind das Volk!'. Das Volk ist sich seiner selbst bewusst geworden. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten haben sich die Menschen in der DDR als Volk konstituiert. Die Wahlen, aus denen dieses Parlament hervorgegangen ist, waren Wahlen des Volkes. Zum ersten Mal trägt die Volkskammer ihren Namen zu Recht."<sup>21</sup> Was war unter "Erneuerung der Gesellschaft" zu verstehen? Waren die Bürger der DDR kein Staatsvolk gewesen? Wer hat denn in der DDR gewählt? De Maiziére war nicht dabei?

Es folgten Danksagungen an jene, die die "Freiheit" gebracht hatten: Michail Gorbatschow, Vaclav Havel, bundesdeutsche Politiker, die Kirchen usw. Als Themen tauchten auf:

- die Gleichsetzung der Opfer von "Nationalsozialismus" und "Stalinismus",
- die Verurteilung der Staatssicherheit,
- die Überwindung von Bevormundung und Passivität,
- die Vorzüge der "sozialen Marktwirtschaft",
- das Bekenntnis zum "Beitritt" gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes.

Kein Wort zu den Verpflichtungen gegenüber den DDR-Bürgern, keine Warnung vor der "feindlichen Übernahme", kein Wort zu Volkseigentum und Treuhand, kein Wort zur drohenden NATO-Mitgliedschaft, kein Wort zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR-Bürger, ihres Eigentums und ihrer Arbeit. Und dann die rhetorische Frage mit den folgenden Sprechblasen: "Wir werden gefragt: Haben wir gar nichts einzubringen in die deutsche Einheit? Und wir antworten: Doch, wir haben! Wir bringen ein unser Land und unsere Menschen, wir bringen geschaffene Werte und unseren Fleiß ein, unsere Ausbildung und unsere Improvisationsgabe. Not macht erfinderisch. Wir bringen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ein, die wir mit den Ländern Osteuropas gemeinsam haben. Wir bringen ein unsere Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, für

Solidarität und Toleranz. In der DDR gab es eine Erziehung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, auch wenn sie in der Praxis wenig geübt werden konnte. Wir dürfen und wollen Ausländerfeindlichkeit keinen Raum geben. Wir bringen unsere bitteren und stolzen Erfahrungen an der Schwelle zwischen Anpassung und Widerstand ein. Wir bringen unsere Identität ein und unsere Würde. Unsere Identität, das ist unsere Geschichte und Kultur, unser Versagen und unsere Leistung, unsere Ideale und unsere Leiden. Unsere Würde, das ist unsere Freiheit und unser Menschenrecht auf Selbstbestimmung."<sup>22</sup> Was ist aus den Erfahrungen, dem Volkseigentum und der Würde der DDR-Bürger geworden?

Während in Berlin der Schlussverkauf der DDR begann, waren Händler, Unternehmer, Leihbeamte, Rechtsanwälte und manches zwielichtige Volk dabei, sich am Raubzug zu beteiligen.<sup>23</sup> Dieser unappetitliche Vorgang ist hier nicht Gegenstand der Darstellung. Ziel, Methoden und Ergebnisse sind in mehreren Arbeiten Michael Richters erforscht worden, der als Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts und Schoßkind Biedenkopfs, Vaatz' und Iltgens die nötige Kompetenz hat.<sup>24</sup> Aus seinen Untersuchungen ergibt sich für Sachsen:

- "Bürgerrechtler", die vorgegeben hatten, für eine "reformierte" DDR zu wirken, holten sich ungeniert ihre künftigen Mäzene aus Bonn. So wurde auch Biedenkopf "König von Sachsen".<sup>25</sup>
- Politiker und Beamte aus Baden-Württemberg und Bayern traten als "direkte Akteure" in Sachsen auf und bestimmten die personellen und strukturellen Veränderungen - in der noch souveränen DDR. Steffen Heitmann hat mit der Kollaboration schon im Dezember 1989 begonnen.<sup>26</sup>
- Das Konzept des Kanzlers, mit der Bildung der "Allianz für Deutschland" möglichst viele "Blockflöten" an die CDU zu binden, ist auch in Sachsen aufgegangen. "Dafür verschwanden die SED/PDS fast völlig von der Bildfläche" (Richter). Das und manches mehr geschah unter der Regierung de Maiziére.

Lothar de Maiziére, der vom 12. April bis zum 3. Oktober 1990 der letzte Regierungschef der DDR war, könnte zwanzig Jahre später das Fiasko seiner Politik eingestehen, vielleicht auch offenbaren, unter wessen und welchem Druck er gehandelt hat. Aber auch er will zu den "Siegern der Geschichte" gehören. Seine Laudatio, die er zehn Jahre später auf sich selbst hielt, begann mit den Sätzen: "Die Wahlen, die vom 18. März, waren nicht nur die ersten freien allgemeinen und geheimen Wahlen zu einer Volkskammer, die diesen Namen auch verdiente, sondern sie waren meiner Meinung nach das Plebiszit, der Auftrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands. Alle die Parteien, die sich im Wahlkampf eindeutig zum Ziel Herstellung Deutsche Einheit bekannt hatten, gewannen an Zustimmung, während die, die einen eigenständigen, einen dritten Weg oder ähnliches gehen wollten, fast marginalisiert wurden. Die Bürgerrechtsbewegung wäre, wenn wir damals schon eine 5%-Sperrhürde gehabt hätten, nicht mehr in die Volkskammer gekommen. Insofern hat die Mehrheit der Wähler ganz klar erkannt, auch unsere sonstigen, insbesondere wirtschaftlichen Probleme werden wir im Verbund mit dem reichen westdeutschen Bruder wesentlich besser lösen können als im Alleingang. Zu diesen Wahlen muss man auch etwas sagen, was vielen, die mit einer typisch altbundesdeutschen Geografie gelebt haben, nicht so klar ist. Es waren die ersten freien Wahlen seit 58 Jahren, d. h. seit 1932, in den ostdeutschen Ländern gewesen."<sup>27</sup>

An der Argumentation Lothar de Maiziéres ist manches bemerkenswert: Eine Wahl in der DDR, in der es um Abgeordnete der DDR ging, fälscht de Maiziére in ein Plebiszit für die "Wiedervereinigung" um. Die Wahlniederlage von Bündnis 90 erklärt er mit

der Skepsis einiger Bürgerrechtler gegenüber dem Schweinsgalopp zur Einheit. Und er vergleicht die "freien" Wahlen vom März 1990 mit den Wahlen in Deutschland 1932.

Der Vergleich ist erlaubt und lehrreich, aber er hat für die Argumentation Lothar de Maizières erschreckende Konsequenzen. Auch in der bürgerlichen Geschichtsschreibung ist unbestritten:

- Die Wahlen von 1932 waren ein entscheidender Schritt zur "Machtübernahme" der Hitlerfaschisten Anfang 1933.
- Das konservative Lager (Harzburger Front) unterstützte den Vormarsch der Hitlerbewegung.
- Entscheidende Medien (UFA, Hugenberg-Konzern) propagierten die "nationale Revolution". (Anfang 2010 wurde eine Studie veröffentlicht, in der mit den Worten Fritz Pleitgens behauptet wird: "Die Einheit, sie hat sich zuerst auf dem Bildschirm vollzogen.")<sup>28</sup>
- Die Hochfinanz traf sich mit Hitler, um die Details seiner Regierungsübernahme festzulegen.
- Mit Hitler sollte das große "Wirtschaftswunder" in Deutschland seinen Einzug halten. Was trompetete Helmut Kohl?
- Nur die Partei der Kommunisten warnte: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.

Noch einmal: Jene "freien Wahlen" 1932 waren ein tödlicher Schritt zu Faschismus und Krieg. Jeder mag selbst prüfen, welche Analogien es zwischen Deutschland 1932 und der DDR Anfang 1990 gab.

Mindestens eins verkörpert Lothar de Maizière selbst: Er war der oberste Totengräber der DDR, derjenige, der die Krauses, die DDR-Bürger und ihr Eigentum, den Krupps bedingungslos auslieferte. Dass er deren Aufträge durchführte, ob in Befehlen, die er sich bei Kohl abholte, oder in Ratschlägen von Westexperten in seinem Stab wie von Thomas de Maizière, ist hier belanglos.

Auch dass Lothar de Maizière von den wirtschaftlichen Entscheidungen nichts verstand, wie der Banker Edgar Most nachwies<sup>29</sup>, ist keine Entschuldigung. Er ist freiwillig Premier geworden und konnte jederzeit aus Protest zurücktreten.

Lothar de Maizière schrieb zu seiner Entlastung: Es habe in der DDR kein einziges Lehrbuch für die Umwandlung der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft gegeben. Diese Umwandlung von 1990 war in der DDR auch nicht vorgesehen. Aber es gab genügend Lehrbücher, die über das Wesen des Kapitals Auskunft geben. Jeder Student in der DDR lernte sie kennen. Lothar de Maizière hat in jahrzehntelanger mühsamer Denkarbeit auch zwei "Fehleinschätzungen" von 1990 gefunden. Er habe die "Anpassungslasten" nicht gesehen. Er habe die "Mühseligkeiten sozialer Lernprozesse" unterschätzt. Die verheerenden Folgen der Treuhandpolitik, die "Abwicklung" der DDR-Elite, Arbeitslosigkeit und Bilderstürmerei hat der Ministerpräsident womöglich gar nicht gemerkt.

In der zitierten Arbeit "Mandat für deutsche Einheit" gibt es auch eine Analyse der Arbeit der 10. Volkskammer von Dietrich Herzog, die den Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhebt.<sup>30</sup> Der Politikwissenschaftler Dietrich Herzog bescheinigt der 10. Volkskammer in seinem einleitenden Kapitel: "Ein verantwortungsbewusstes und tüchtiges Parlament."<sup>31</sup>

Was haben die (Mehrheit der) Abgeordneten und die Regierung Lothar de Maizières zu verantworten?

- Sie verletzen die Verfassung der DDR, verzichteten auf eine neue Verfassung, die von "Bürgerrechtlern" um Ullmann vorbereitet worden war und drapierten ihre Geset-

zesverletzungen mit den "Verfassungsgrundsätzen", die am 17. Juni 1990 mit 269 Stimmen angenommen wurden.

- Sie stimmten zu, dass das Modrowsche Treuhandgesetz, welches vom Runden Tisch bestätigt worden war, im Juni 1990 in ein Gesetz zur Enteignung der DDR-Bürger umgefälscht wurde. Unter der Modrow-Regierung ging es um die Wahrung des Volkseigentums und seine Verwendung im Interesse der Mehrheit des Volkes. Das "neue" Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 hieß "Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens". Es legte im Artikel 1 fest: "Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren." Werner Schulz nannte das treffend eine "Enteignung der Bürger". Verfassungsbruch war die Rekapitalisierung des Volkseigentums allemal. In den Artikeln 9 bis 16 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968, die von der Mehrheit der Bürger in einer Volksabstimmung bestätigt wurde, ist die Stellung der Volkswirtschaft, der Platz des sozialistischen Eigentums, das Recht auf persönliches Eigentum, die Unzulässigkeit von Privateigentum an Naturschätzen festgelegt. Da es sich bei diesen Festlegungen um die Überwindung und Verhinderung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse handelt, war der von der Treuhand geführte Privatisierungsprozess eine Verletzung der Verfassung der DDR und objektiv ein Verrat an den Interessen der DDR-Bürger. Die Abgeordneten der 10. Volkskammer, die diesen Prozess unterstützten, verletzen die Verfassung, die für jeden Bürger der DDR bindendes Gesetz war.<sup>32</sup>

- Obwohl - in diesem Falle - bundesdeutsche Politiker wie Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Egon Bahr, Willy Brandt und andere davor gewarnt hatten, die "Büchse der Pandora" zu öffnen<sup>33</sup>, machte Lothar de Maiziére das Ministerium für Staatssicherheit zum Thema, das in der 10. Volkskammer zum Spitzenthema avancierte und seine düsteren Schatten bis in die Gegenwart wirft. Es war Angelika Barbe, die am 20. September feststellte: "Bisher hat dieses Parlament mit erpressbaren Stasi-Mitarbeitern unter den Parlamentariern und Regierungsmitarbeitern fragwürdige Entscheidungen getroffen."<sup>34</sup> Wolfgang Ullmann hatte festgestellt: "Die Bastille des Stalinismus ist niederzureißen."<sup>35</sup> Aber die Frage: Wer läuft am Band westlicher Geheimdienste, wurde nicht systematisch geprüft. Die "Rosenholz"-Akten blieben Erpressungspotential in den Händen der USA-Politik. Schon 1990 wurde von einigen Abgeordneten ausgesprochen und getadelt - vor allem von Gregor Gysi -, dass es sich negativ auswirken wird, wenn alle Errungenschaften der DDR-Bürger im Orkus des Vergessens verschwinden. Kein Gesetz, keine Verordnung, keine Regelung der 10. Volkskammer hatten Wirkung über den 3. Oktober 1990 hinaus - außer einer, der Ächtung der Staatssicherheit. Im ND vom 13./14. März 2010 verkündete Thoralf Barth: "Die Bürgerrechtler haben uns eine weltgeschichtliche Errungenschaft vererbt: Den erfolgreichen Kampf um die Auflösung der Staatssicherheit." Keiner durfte nach 1990 mehr mit der Macht spielen und die Macht missbrauchen als der Bruder in Christo Joachim Gauck. Wie viele Opfer gehen auf sein Konto? Ist die Entstehung der Gauck-Behörde ein Ruhmesblatt des Wirkens der 10. Volkskammer?<sup>36</sup>

- Die 10. Volkskammer und die Regierung de Maiziére schufen keine Garantien, dass vom Territorium der DDR weiterhin Frieden ausgeht. Am 24. September 1990 erfolgte der Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag, während sich Helmut Kohl mit der Forderung durchsetzte, dass ganz Deutschland Mitglied der NATO wird. Mit der Ostausdehnung der NATO ist die geostrategische Situation für Russland schlechter als für die Sowjetunion vor 1990.

- Wer die Regierungserklärung de Maiziéres vom 19. April 1990 unter dem Aspekt prüfte, welches außenpolitische Konzept die DDR verfolgen würde, fand nichts. Eine Konzeption für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gab es nicht. Für das Wirken des Pfarrers Markus Meckel in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gibt es unterschiedliche

Zeugen und Urteile, aber nirgends Ruhm und Lob oder wenigstens Respekt. Welche außenpolitische Strategie schlug die Regierung Lothar de Maizières der 10. Volkammer vor? Findet der Leser eine Orientierung? Gab es wenigstens Vorgaben für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die - ohne die DDR - bereits begonnen hatten? Auch zwanzig Jahre später ergeben Analysen, dass die DDR 1990 auf außenpolitische Aktivitäten verzichtete.<sup>37</sup>

Markus Meckel holte sich seine Direktiven im Privathaus Genschers in Bonn. Dass er sein Vorgehen mit Schewardnadse (und umgekehrt) abstimmte, ist aus den Dokumenten nicht ersichtlich. Markus Meckel hat seine eigene Rolle als Außenminister der DDR in "Die Außenpolitik der DDR nach der freien Wahl am 18. März 1990" beschrieben. Hans-Dietrich Genscher hat sich in seinen "Erinnerungen" und zu Meckels "Selbstbewusst in die Deutsche Einheit" geäußert.<sup>38</sup> Der Pfarrer, Sozialdemokrat und Außenminister Markus Meckel postulierte: "Von zentraler Bedeutung war für die USA die NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie war das wichtigste Instrument der Führungsrolle der USA in Europa. Ein Austritt Deutschlands hätte die Bedeutung der NATO stark herabgesetzt und den Einfluss der USA in Europa wesentlich eingeschränkt. So unterstützte Präsident Bush aus eigenem nationalen Interesse heraus Helmut Kohls Konzeption einer möglichst schnellen Vereinigung - natürlich zu den eigenen Bedingungen."<sup>39</sup>

Kurt Schumacher hatte Konrad Adenauer "Kanzler der Alliierten" genannt, was darf man über Meckel sagen? Welche Folgen hat die Ausdehnung der NATO-Mitgliedschaft auf das Territorium der DDR? Eine Erkenntnis Meckels scheint nachdenkenswert: "Die DDR als eigenständiger Akteur - oder besser: mit eigenständigen Akteuren im Vereinigungsprozess kommt normalerweise nicht vor. Vieles ist hier bis heute auch nicht erforscht. Die Darstellungen und Dokumentationen der alten Bundesregierung lassen diese Dimension zu großen Teilen weg."<sup>40</sup> "Abschließend lässt sich vielleicht folgendes sagen: Die Außenpolitik der demokratischen DDR war nur in ganz wenigen Hinsichten erfolgreich."<sup>41</sup> Meckel bedauert rückblickend seine Rolle von 1990 nicht.

Das, was Markus Meckel Polen "zubilligte", eine völkerrechtlich anerkannte Westgrenze, war durch den Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl schon 1950, also vierzig Jahre früher, erfolgt. Kohl/Genscher mussten also lediglich tun, was sie jahrzehntelang abgelehnt und verketzert hatten, den Schritt der DDR zu bestätigen. Der Vertrag von Zgorzelec war Außenpolitik der DDR gewesen.

Wer bewusster DDR-Bürger gewesen war, darf fragen: Wie hat Pfarrer Meckel seine Interessen verteidigt? Welche Verhandlungsdirektive hatte er von der Regierung? Wie hat er die Trommel gerührt oder die Posaune geblasen, um wenigstens den NATO-Beitritt der DDR zu verhindern? Auf der USA-Seite wurde er, wie wir von Außenminister James Baker und Bush-Beraterin Condoleezza Rice wissen, kaum wahrgenommen, nicht einmal als "Störenfried".<sup>42</sup> In Hans-Dietrich Genschers Erinnerungen taucht Markus Meckel zwölf mal auf. Aus der Sicht Genschers war bemerkenswert, dass Meckel bei seinem ersten Ausflug nach Bonn sein Team überwiegend aus Bundesbürgern rekonstruiert hat; dass Genschers Amtskollege aus Berlin am 24. April 1990 dem "Einiigungs"-Prozess nach Artikel 23 des Grundgesetzes zustimmte; dass Meckel sich am 16./17. Juli in Paris für gute Beziehungen zu Polen einsetzte und ein atomwaffenfreies Gesamtdeutschland forderte. Da Meckel am 20. August 1990 sein Amt verlor, war er bei den Schlussverhandlungen und der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages nicht mehr dabei.

Die DDR war noch Mitglied des Zwei-plus-Vier-Vertrages, in dem sich das vereinte Deutschland zur Friedenspflicht bekennt. Aber mit ihrer Existenz endete auch die Frie-

densperiode für Deutschland. Und keine Macht kann Deutschland zur Rückkehr zur Friedenspflicht zwingen. Ist das der stärkste Verlust *aller* vernünftigen Deutschen?

Am 18. März 2005, am 15. Jahrestag der Wahl der 10. Volkskammer, erklärte Wolfgang Thierse vor dem Bundestag: "Die 10. Volkskammer war im besten Sinne des Wortes eine Schule der Demokratie und zugleich Arbeitsparlament."<sup>43</sup> In der gleichen Rede teilte er mit, dass nach einer Studie der TU Dresden nur vier Prozent der Deutschen den Parteien, 11 Prozent dem Bundestag trauen. Eine Schule der Demokratie kann das also 1990 nicht gewesen sein. Und von der Arbeit der 10. Volkskammer, den Gesetzen, Beschlüssen und Erklärungen, ist nichts übrig geblieben als die Forderung, der Bundestag solle die Gauck-Behörde per Gesetz installieren. Sie ist inzwischen die schärfste Waffe der Rekapitalisierung des Ostens und der Diffamierung der Geschichte der DDR. Wohl deshalb wurde Gauck von einer bestimmten Presse 2010 zum "Präsidenten der Herzen" gekürt.

Zurück zu 1990! Immerhin erhielt Gregor Gysi Beifall über die PDS-Fraktion hinaus, als er nach der Abstimmung am 22. August 1990 über den "Einigungsvertrag" erklärte: "Frau Präsidentin! Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 ... (Jubelnder Beifall bei der CDU/DA, der DSU, teilweise bei der SPD) beschlossen. Ich bedaure, dass die Beschlussfassung im Hauruckverfahren über einen Änderungsantrag geschehen ist und keine würdige Form ohne Wahlkampfstrategie gefunden hat; denn die DDR, wie sie auch immer historisch beurteilt werden wird, war für jeden von uns - mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen - das bisherige Leben. So wie wir alle geworden sind, sind wir hier geworden, und ich bedaure, dass der Einigungsprozess zum Anschluss degradiert ist. Aber ich bin davon überzeugt, es gibt auch neue Chancen. Noch können wir die Zeichen auf Aussöhnung statt auf Feindschaft setzen, und das einige Deutschland braucht eine starke demokratische Regierung, aber auch eine starke demokratische Opposition. Zu letzterem will meine Partei einen wichtigen und würdigen Beitrag leisten. - Ich danke schön. (Beifall, vor allem bei der PDS)"<sup>44</sup>

Die Mehrheit der Volkskammer hatte das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bürger an die Krupps verkauft und verraten. Ob, wie und von wem die "neuen Chancen", die Gregor Gysi 1990 sah, genutzt wurden, ist hier nicht Thema.

## Anmerkungen

- 1 Helmut Kohl: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. Meine Erinnerungen, München 2009.
- 2 Joachim Jauer begründete in "Urbi et Gorbil!", dass Christen, vor allem der Papst, "Wegbereiter der Wende" gewesen seien.
- 3 Horst Schneider: Erinnerungen eines Gaucklers, Leipzigs Neue 7/2010.
- 4 Erich Buchholz: Rechtsgewinne? Welche Rechte gewannen die DDR-Bürger mit dem Beitritt? Haben sie Rechte verloren? Berlin 2010.
- 5 Markus Meckel: Selbstbewusst in die Deutsche Einheit, Berlin 2001, S. 135.
- 6 Helmut Kohl: Vom Mauerfall ..., a.a.O., S. 180.
- 7 Kopie des Briefes in meinem Besitz.
- 8 Helmut Kohl: Vom Mauerfall ..., a.a.O., S. 184.
- 9 Ebenda, S. 195.
- 10 Ebenda, S. 231.
- 11 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Für Entspannung und dauerhaften Frieden in Europa, Dokumente, Berlin 1976, s. 99 f.
- 12 Das Parlament, 11/2010, 15. März 2001
- 13 Peter Prager: Kohl war der wahre Sieger. Das Parlament, 11/2010, 15. März 2001
- 14 Das Parlament, 11/2010, 15. März 2001
- 15 Erich Buchholz: Rechtsgewinne?, a.a.O., S. 217.
- 16 Ebenda, S. 220.

- 17 Elke Kimmel: Neue Gesetze im Stundentakt. Das Parlament, 11/2010, 15. März 2001
- 18 Gregor Gysi: Das Profil unserer Fraktion - Positionen und Bilanz, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hg.): Mandat für die deutsche Einheit, Opladen 2000, S. 177 f.
- 19 Die Fragen ergeben sich aus den statistischen Angaben in Christopher Hausmann: Biographisches Handbuch der Volkskammer der DDR (1990), Köln, Weimar, Wien 2000, S. XV f.
- 20 Ich zitiere nach dem Text im Archiv für christlich-soziale Politik.
- 21 Ebenda, S. 1.
- 22 Ebenda, S. 5.
- 23 Klaus Huhn: Einmarsch der Verbrecher, Berlin 2009.
- 24 Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution. Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004; Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009.
- 25 Horst Schneider: "Landesvater" Biedenkopf. Über seine Ansichten, Absichten und Politik, Schkeuditz 1993. Steffen Heitmann "kooperierte" schon ab Dezember 1989 mit Stuttgarter Rechts- und Verfassungsexperten, wie er in "Die Revolution in der Spur des Rechts" (S. 41 f.) beschrieb.
- 26 Karl Nolle: Sonate für Blockflöten und Schalmeien. Zum Umgang mit der Kollaboration heutiger CDU-Funktionäre, Dresden 2009.
- 27 Lothar de Maizière: Wie alles begonnen hat, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hg.): Mandat für die deutsche Einheit, Opladen 2000, S. 67.
- 28 Michal Meyen: Die ARD in der DDR, Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2010, S. 28 f.
- 29 Edgar Most: Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals, Berlin 2009.
- 30 Dietrich Herzog: Die 10. Volkskammer der DDR: Ein verantwortungsbewusstes und tüchtiges Parlament, in: Richard Schröder/Hans Misselwitz (Hg.): Mandat für die deutsche Einheit, Opladen 2000, S. 11 f.
- 31 Ebenda, S. 11.
- 32 Christa Luft: Treuhandreport, Berlin/Weimar 1992.
- 33 Eine besonders eindrucksvolle Warnung kam von Gräfin Dönhoff in "Die Zeit" vom 10. September 1993: "Niemand kann ein ganzes Volk durchleuchten."
- 34 Protokoll der 10. Volkskammer, 36. Tagung, 20. September 1990, S. 1754.
- 35 Tagung am 13. September 1990, S. 1567.
- 36 Sven Dorlach: Der Fall Gauck, Berlin 1996; Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.): Die Eroberung der Akten. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Entstehung/Folgen, Analysen/Dokumente, Mainz 1992; Siegfried Suckut/Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, München 2003.
- 37 Jennifer A. Yoder: Die demokratische DDR in der internationalen Arena, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2010, S. 27 f.
- 38 Markus Meckel: Selbstbewusst in die Deutsche Einheit, a.a.O.
- 39 Ebenda, S. 138/139.
- 40 Ebenda, S. 123.
- 41 Ebenda, S. 147.
- 42 In "Sternstunde der Diplomatie" wird er nicht einmal erwähnt.
- 43 Deutscher Bundestag, Rede von Wolfgang Thierse am 18. März 2005, S. 1.
- 44 Deutscher Bundestag, Protokoll der 10. Volkskammer, S.1382.

## **Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE**

### Veranstaltungen im Jahre 2011

- |                              |   |
|------------------------------|---|
| Donnerstag,<br>20. Januar    | Die Geburt der Einheitsfrontpolitik 1921<br>Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl  |
| Donnerstag,<br>17. Februar   | Kontinuität und Wandel des Thälmann-Bildes<br>Einführung: Prof. Dr. Heinz Karl/Dr. Stefan Weber   |
| Sonnabend,<br>12. März       | 39. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:<br>Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?<br>(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr)        |
| Donnerstag,<br>17. März      | Zur Rolle des XX. Parteitages der KPdSU 1956<br>Einführung: Bruno Mahlow  |
| Donnerstag,<br>21. April     | Wende 1921. Zur historischen und aktuellen Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik<br>Einführung: Prof. Dr. Gerhard Fricke   |
| Sonnabend<br>21. Mai         | 40. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:<br>Gefahren und Entscheidungen 1961<br>(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr)                                  |
| Donnerstag,<br>16. Juni      | Der VIII. Parteitag der SED 1971 aus heutiger Sicht<br>Einführung: Prof. Dr. Eckhard Trümpler   |
| Donnerstag,<br>15. September | Hitlerdeutschland und die Sowjetunion 1939 - 1941<br>Einführung: Prof. Dr. Horst Schützler  |
| Sonnabend,<br>8. Oktober     | 41. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:<br>Das Erfurter Programm. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung<br>(Tagungsstätte: Club Spittelkolonnaden, Berlin-Mitte, Leipziger Str. 47, Eingang Jerusalemer Str. - Beginn: 10.30 Uhr) |
| Donnerstag,<br>20. Oktober   | SPD im Strudel von Weltwirtschaftskrise und faschistischer Gefahr<br>Einführung: Prof. Dr. Heinz Niemann  |

Donnerstag  
17. November Chinas Kampf um eine neue Welt  
Einführung: Prof. Dr. Helmut Peters

Donnerstag,  
8. Dezember Massenaktivitäten und Wahlergebnisse 2011 - eine linke Bilanz  
Einführung: Dr. Hans Modrow

**Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr.** Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

## Vorankündigung

Der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE und die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP veranstalten in Berlin am Sonnabend, dem

**12. März 2011**

eine **Konferenz** zum Thema

**Militarisierung, Rüstung, Kriege - wohin geht Deutschland?**

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Str. 47 (Eingang  
Jerusalemer Str.)  
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079  
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574